Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 20, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias, in Wreschen bei J. Jadesohn.

Posener Zeitung.

Neunzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 187.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 15. März.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

Amtliches.

Berlin, 14. März. Der König hat den Stadtsyndikus Schorcht zu Harburg, der von den dortigen städtischen Kollegien auf dessen Lebenszeit getroffenen Wahl gemäß, als Bürgermeister der Stadt Harburg bestätigt und den Pfarrer Hartmann in Bischofsheim zum Metropolitan der Pfarreiklasse Bergen, im Regierungsbezirk Kassel ernannt.

Dem Departements- und Kreisthierarzt, Veterinär-Assessor Müller zu Magdeburg sind, unter Entbindung von seinen gegenwärtigen Aemtern, die Departements-Thierarztstelle für den Regierungsbezirk Stettin, die Kreisthierarztstelle für den Stadtkreis Stettin und den Kreis Randow, sowie die Stelle eines Veterinär-Assessors bei dem Medizinalkollegium für die Provinz Pommern, und dem bisherigen Inhaber dieser Stellen, Departements- und Kreisthierarzt, Veterinär-Assessor Steffen zu Stettin die Departements-Thierarztstelle für den Regierungsbezirk Magdeburg, die Kreis-Thierarztstelle für den Stadtkreis Magdeburg und den Kreis Wolmirstedt, sowie die Stelle eines Veterinär-Assessors bei dem Medizinal-Kollegium für die Provinz Sachsen verliehen worden. Dem Thierarzt Brebeck zu Neuß ist die von ihm bisher kommissarisch verwaltete Kreis-Thierarztstelle für die Kreise Neuß und Grevenbroich definitiv verliehen worden.

Der in die Pfarrstelle zu Pasewalk berufene bisherige Superintendent der Synode Ueckermünde, Pfarrer Eichler in Ueckermünde, ist zum Superintendenten der Synode Pasewalk bestellt worden.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.

48. Sitzung.

Berlin, 14. März. Am Ministertisch: v. Goßler.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung des Antrages der Abgeordneten Graf und Dr. Maier (Hohenzollern) auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betreffend die interimistische Regelung der Gemeindebesteuerung für die Hohenzollern'schen Lande.

Abg. Graf erklärt die einheitliche Regelung der Gemeindebesteuerungsgesetzgebung in den hohenzollernschen Landen als eine dringende, unaufschiebbare Nothwendigkeit und macht auf die Unzuträglichkeiten, die sich aus der Verschiedenheit der Bestimmungen herleiten, aufmerksam. Besonders erachtet er es als erstrebenswerth, daß der große hechingische Domanialbesitz, der schon seit 1848 staatssteuerpflichtig ist, auch endlich zu den Kommunalsteuern herangezogen werde. Es sei vor mehreren Jahren eine Gemeindeordnung für die hohenzollernschen Lande vorgelegt worden, dieselbe aber mit Rücksicht auf eine allgemeine Reform des preußischen Verwaltungswesens wieder zurückgenommen worden. Redner zieht schließlich den eingebrachten Gesetzentwurf zurück und beantragt in einer Resolution, die Staatsregierung zu ersuchen, in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die angeregte Materie regelt.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag angenommen.

Es folgt die Berathung des Antrages des Abg. v. Stablewski, betreffend die Einführung der polnischen Sprache als Unterrichtssprache in den Lehranstalten der Provinz Posen.

Abg. v. Stablewski erklärt es als eine Forderung der Gerechtigkeit, daß die 350,000 Schulkinder polnischer Nationalität in den ehemals polnischen Landestheilen in ihrer Muttersprache unterrichtet werden. Es sei dies auch nach dem bestehenden Völkerrecht gerechtfertigt, und die Nichterfüllung dieser Bitte versetzt uns in eine Zeit zurück, in der es dem Starken erlaubt war, den Schwachen zu unterdrücken. Nach der Theilung Polens haben alle preußischen Könige bei ihrem Regierungsantritt zugesagt, die Vereinbarungen des Wiener Kongresses zu halten. (Redner verliest einige Passus aus Kabinetsordres, welche dieses bestätigen sollen.) Von allen Königen ist die Benutzung der polnischen Sprache im ganzen öffentlichen Leben für die Polen gestattet worden und nun will man sie nicht einmal in der untersten Klassen der Volksschule mehr zulassen. Die Polen haben keine Macht ihr Recht zu erzwingen und sie haben in der Schule der Leiden genug gelernt, um die Lust an bloßen Demonstrationen zu verlieren. Aber einem ehrlichen Menschen sollte es Ehrenpflicht sein, dem Machtlosen gegenüber sein Wort einzulösen. Seit Jahren ist es Praxis geworden, in den unterem Klassen der Gymnasien nur Lehrer anzustellen, die kein Wort Polnisch verstehen und überhaupt nicht in der Lage sind, sich mit den Kindern zu verständigen. Die polnischen Lehrer aber versetzte man nach wie vor in deutschen Gegenden. Diese Maßnahmen haben natürlich zur Verringerung der Frequenz der polnischen Schüler gewirkt. Man will einen ganzen Volksstamm geistig und damit auch materiell zurückdrängen; am meisten werde der Mittelstand davon betroffen, dessen begabte Kinder nicht durch Privatunterricht fortgebildet werden und dem deutschen Unterricht nicht folgen können. Auch der Religionsunterricht werde dadurch vernachlässigt und geschädigt, da sich nur wenig Lehrer gefunden haben, die bereit waren, denselben in deutscher Sprache zu ertheilen. Seit zehn Jahren ist in den meisten Lehranstalten kein Religionsunterricht ertheilt worden. Das hat zu einer Verrohung und Entsittlichung unter den Schülern geführt, wie der kürzliche Selbstmord eines Primaners in Ostrowo, der vorher seine Geliebte vergiftet, beweise. Geradezu lächerlich sei es gewesen, als bei der kürzlichen Beerdigung eines elfjährigen Knaben die Mitschüler das „Integer vitae" gesungen, natürlich mit dem Vers, dessen Schluß lautet „semper amabo Lalagen dulce ridentem." (Heiterkeit.) Redner weist ferner auf die Thätigkeit des deutschen Schulvereins hin und erklärt, daß die Empörung, welche die Mitglieder desselben über die Magyarisirung deutscher Schulen in Ungarn zeigten, besser auf das Verfahren der preußischen Regierung gegen die polnische Schule angewendet würde. Ohne den Gebrauch der Muttersprache ist eine segensreiche gemeinsame Thätigkeit von Haus und Schule nicht möglich. Den Herren (zur Rechten) wäre es wohl am liebsten, wenn die polnischen Eltern auch zu Hause die deutsche Sprache einführten. (Zustimmung! rechts.) Doch hat das nicht einmal ein Murawiew verlangt! Die Methode, die in den polnischen Schulen zur Anwendung kommt, ist keine wissenschaftliche und kann durch die Zitation keines hervorragenden Pädagogen erhärtet werden. Höhere Autoritäten, wie die offizielle Posener Schulpädagogik, seien die Kabinetsordres preußischer Könige und die Verordnungen preußischer Ministerien. Redner verliest darauf eine Verordnung des Ministers Hardenberg, in der er den Gebrauch der polnischen Sprache als durchaus nothwendig für die polnische Bevölkerung erklärt. Die sogenannten „polnischer Bestrebungen" decken sich mit denen des Ministeriums Stein—Hardenberg und Herr v. Goßler werde sich sicher nicht in Widerspruch mit diesen Herren der preußischen Staatskunst bringen wollen. Auf alle Beschwerden und Petitionen höre man stets nur die Antwort, daß sie ein Ausfluß polnischer Agitation seien und selbst die Petitionen der evangelischen Litthauer in Masuren habe man auf Rechnung der polnischen Agitation gestellt. Die Gefahr der Polonisirung der deutschen Katholiken sei ausgeschlossen, da die 60—70,000 deutschen Katholiken meist in kompakten Massen in den westlichen Grenzdistrikten wohnen, wo sie mit der polnischen Bevölkerung in gar keine Beziehung kommen. Wollte man analog dem Vorgehen des Herrn Lux diejenigen Offiziere der deutschen Armee, die polnische Namen tragen, polonisiren, so würde ein Zehntel der Armee aus Polen bestehen. Aber die Polen verlangen derartige Unsinnigkeiten nicht, die Herrn Lux zu realisiren vorbehalten blieb. Preußen entwickelte erst, seitdem es auf dem Gipfel seiner Macht steht, diese kleinliche Germanisirungswuth, während es als ein kleiner aufstrebender Staat die schönste Toleranz walten ließ. Würde das ungetrübte Bild der polnischen Noth dorthin gelangen, wo die Völker Gerechtigkeit erwarten dürfen, dann würde sicherlich den Polen ihr Recht werden und ihre Anträge würden anders aufgenommen werden. Der heutige Antrag wird einen Wiederhall finden in Budapest, Brüssel, in Moskau und Petersburg. Wollen Sie durch Ihre Abstimmung Waffen schmieden gegen Ihre Brüder im Auslande, so ist das eine, eines Kulturvolkes unwürdige Aufgabe. (Bravo! bei den Polen und im Zentrum.)

Abg. Dr. Kolberg ist mit dem Antrag nicht in allen Stücken einverstanden. Das Polnische ist in Ostpreußen, Litthauen niemals Unterrichtssprache gewesen, es würde also ein Novum mit diesem Antrage in Ostpreußen eingeführt werden; auch für Westpreußen halte er bei den dort herrschenden Verhältnissen die Einführung der polnischen Unterrichtssprache nicht für nothwendig. Doch wäre die Anstellung von Religionslehrern, die beider Landessprachen mächtig sind, anzustreben und die polnische Sprache als fakultativen Unterrichtsgegenstand zu überweisen. Zur Berathung des zweiten Theiles des vorliegenden Antrages empfehle er die Verweisung desselben an die verstärkte Unterrichtskommission. Die Ertheilung des Religionsunterrichts in den Volksschulen sei jedoch eine Nothwendigkeit, da die Kinder, welche dieselben besuchen, meistentheils des Deutschen nicht genügend mächtig sind und keinen Nutzen aus dem Unterricht haben können. Aehnlich liegen die Verhältnisse in Ostpreußen, wo auf der Provinzialsynode die evangelischen Geistlichen in Masuren den Antrag stellten, daß in den masurischen Volksschulen der Religionsunterricht in der Muttersprache geleitet werde. Nur durch die heftige Gegnerschaft des damaligen Oberpräsidenten v. Horn sei dieser Antrag gegen eine bedeutende Minorität gefallen. Redner schlägt vor, daß in Gegenden mit gemischter Bevölkerung der erste Unterricht polnisch sei und daneben das Deutsche geübt werde. Erst in den höheren Klassen solle man deutsch unterrichten, den Religionsunterricht in allen Klassen in der Muttersprache führen.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst glaubt, daß allein die Verhältnisse in Posen bei Behandlung des Antrages v. Stablewski maßgebend sein dürften. Die Instruktion von 1842, welche die Sprachenfrage regelt, ist gerecht und vernünftig und die späteren Verfügungen der Regierung zu Posen sind unvernünftig und ungerecht. Die Polen sind eine hochedle Nation, die der deutschen große Dienste geleistet hat. Sie ist eine Nation in Trauer und wird so immer bleiben. Eine solche Nation solle man möglichst schonen und milde behandeln und nicht immer in ihrer Wunde herumwühlen. Die Polen zu Deutschen zu machen, ist ein vergebliches Unternehmen und mit allen Verordnungen wird man dies nicht erreichen, vielmehr wird durch solche Nörgeleien das polnische Volk veranlaßt, sich mehr und mehr von deutschem Einfluß zu befreien. (Sehr richtig!) Da man die Versprechungen den Polen gegenüber nicht gehalten, so darf man von ihnen auch nicht fordern, daß sie sich als gute Staatsbürger führen und fühlen. Die Polen sind den Deutschen gegenüber, wo erstere in der Majorität sind, stets tolerant gewesen. Die Unterdrückungen weisen sie über die Grenzen des Vaterlandes hinaus und das sollte eine kluge Politik vermeiden. Der deutsche Schulverein erstrebt die Erhaltung der deutschen Sprache außerhalb der Reichsgrenzen und beschäftigt sich vorzugsweise mit den Verhältnissen in Ungarn. Aber die jetzt in Ungarn getroffenen Anordnungen entsprechen nur den milden Anordnungen, die Friedrich Wilhelm IV. für die Polen in Posen gegeben und trotzdem gehen sie den Herren vom Schulverein viel zu weit. Setzt man anstatt Deutsche — Polen und statt Magyaren — Deutsche, so hat sich der Verein ein Urtheil gesetzt in seiner Verdammung der preußischen Vorschriften, das vollkommen zutrifft. Die Mißhandlung und gewaltsame Germanisirung der Polen wird stets ohne Erfolg bleiben, aber die Maßregeln werden um so drückender empfunden, als sie von den Beamten zu rigoros gehandhabt werden. Auch die Hundt von Hafften sind noch nicht in Posen ausgestorben (Heiterkeit bei den Polen) und es ist sehr bedauerlich, daß die Polen von allen Ehrenämtern ausgeschlossen werden. Das schwächt die Anhänglichkeit an die Regierung und die Dynastie, wie das auch im Westen unserer Monarchie gewesen ist und man kann unter diesen Umständen nichts anderes, als eine Stärkung des Polinismus erwarten. Redner beantragt schließlich den Antrag an die Unterrichts-Kommission zu verweisen.

Abg. Tiedemann (Bromberg) erklärt von vornherein, Sympathien für die Polen empfunden zu haben, als er nach Bromberg versetzt worden ist und gesteht zu, daß die Verwaltung zu weit gegangen ist bei der Umwandlung polnischer Ortsnamen in deutsche. Es muß den historischen Sinn der Polen verletzen, wenn die Stadt Gniewkowo in Argenau umgewandelt wird. Aber alle Angriffe gegen die Schulverwaltung seien unberechtigt und verrathen, daß Diejenigen, die sich darüber beschweren, von der Sache nichts verstehen. Er verurtheile die Thätigkeit des deutschen Schulvereins und meint, daß ein Kind, das eine Schule anderer Junge besucht, dadurch absolut keinen Schaden an seiner Muttersprache und Nationalität erleide. Die Verwaltung befindet sich in Posen im Zustande der Defensive. Redner verweist auf die Verhältnisse der Schule in Leipe, wo von 39 katholischen Kindern nur 9 gebrochen, 21 deutsch und polnisch, 9 nur deutsch sprechen. Diese Schule war bis 1873 evangelisch und erhielt auf Wunsch der katholischen Eltern einen katholischen Lehrer. Nach einigen Jahren verlangten die Leute einen polnischen Lehrer und Einführung der polnischen Unterrichtssprache. Die Petition, welche diese Forderung stellt, ist auf Anregung eines polnischen Probstes entstanden. Seit 20 Jahren besteht nun ein Kampf zwischen den deutschen Katholiken und dem Probst, wegen Benutzung der deutschen Sprache bei den Predigten. Beschwerden der ersteren wurden vom erzbischöflichen Konsistorium zu Posen wiederholt zurückgewiesen. Früher hatte der Probst bei den Einsegnungen auch deutsch gesprochen; später erklärte er, daß er dies nicht mehr für nöthig halte, da jeder Knabe so viel polnisch verstehen müsse, um seinen Worten folgen zu können. In dieser Weise wird die Polonisirung der Provinz Posen betrieben. Während der deutsche Geistliche zuerst Geistlicher und dann Deutscher ist, ist der polnische hingegen in erster Linie Pole und dann erst Katholik. Während die ersteren sich freuen würden, wenn ein kirchlicher Friede zu Stände käme, würden die polnischen Geistlichen den Friedensruf nur ungern vernehmen. Kein Kultusminister wird sich entschließen dürfen, polnisch-katholischen Geistlichen den Zutritt zur Schule zu gewähren. (Abg. Kantak: Hört! Hört!)

Unter dem Einfluß der Geistlichkeit ist kein besonderer Erfolg in den Schulen zu verzeichnen gewesen, das beweise die Anzahl der Analphabeten im Heere. Daß Remedur nöthig war, leuchtet dabei ein, wenn er (Redner) auch nicht alles unterschreiben möchte, was geschehen sei. Die besten Bundesgenossinen der Geistlichkeit sind die Damen, die sich durch große persönliche Liebenswürdigkeit auszeichnen. Jeder Deutsche ist verloren, der eine Polin heirathet, sie wird in kürzester Zeit aus ihm einen Polen und aus dem Albert Schmidt einen Wojciech Kowalski machen (Heiterkeit! und Bravo bei den Polen.) Die wirthschaftliche Entwickelung in der Provinz leidet durch die ewigen Reibungen. „Geben Sie doch die Phantastereien auf, daß Sie sich dereinst von Preußen losreißen könnten, und wir werden mit Ihnen gern arbeiten und wir werden alle Ihre Eigenthümlichkeiten gern schonen. Aber wenn Sie fortfahren, die Deutschen germanisiren zu wollen, so wundern Sie sich nicht, wenn Ihnen so begegnet wird, wie es Ihnen geschieht." (Bravo rechts. Zischen bei den Polen.)

Abg. von Zakrzewski wiederholt die von dem Abg. v. Stablewski vorgebrachten Beschwerden und bittet das Haus nicht glauben zu wollen, daß es überhaupt in der Absicht der Polen liege, sich von Preußen loszureißen. Alle Germanisirungsversuche seien fruchtlos, wie ein Blick auf Schlesien beweise, wo es nach sechs Jahrhunderten nicht gelungen ist, das Polenthum auszurotten. Zudem sei jeder Druck vom Uebel, das habe der Kulturkampf bewiesen, der auch noch die deutschen Katholiken dem Polonismus in die Arme getrieben hat. Der Panslawismus, den man richtiger Panmoskowismus nennen dürfte, umfaßt 126 Millionen Menschen in Europa und man wird dieser Verbindung, dieser Idee auf den Schlachtfeldern ein Ende so leicht nicht machen. Gerade diesem Gespenst gegenüber sollte die Regierung den Polonismus nicht so schwächen wollen, denn dieser ist der beste und wirksamste Gegensatz des Panslawismus. Der heftigste Feind des Polen sei die Bureaukratie, welche überhaupt nicht im Stande sei, ihren Vorgesetzten ein richtiges Bild von den Verhältnissen zu geben. Viele Gesetze wären nie entstanden, wenn sie nicht auf unrichtigen Berichten basirt gewesen wären und selbst der Kulturkampf wäre nie so weit gediehen, wenn dem Lande nicht stets ein falsches Bild von den Verhältnissen geliefert worden wäre.

Kultusminister v. Goßler: Der vorliegende Antrag hat eine große Vorgeschichte, und entstammt dem bekannten Generalantrag vom April 1881, der alle Petita der polnischen Nation umfaßt. An diesen Antrag wurde auch die Bildung eines polnischen Zentralwahlkomites angeknüpft. Der Generalantrag gab in der vorjährigen Wahlkampagne Veranlassung zu großen Zerwürfnissen innerhalb der Fraktion, von denen einige Mitglieder sogar die Wiederherstellung Polens als erstrebenswerth bezeichneten. Der Minister ist den Polen für die Einbringung des Antrags dankbar, der übrigens weiter geht, als der Generalantrag, da ersterer auch auf Oberschlesien und Ostpreußen übergreift. Schon im vorigen Jahre habe er (Redner) auf die großpolnische Agitation in Oberschlesien hingewiesen und dabei einen Widerspruch gefunden, der heute sicherlich nicht mehr vorhanden sein dürfte. Die Ausdehnung des Antrages auf Lithauen und Masuren ist neu und knüpft an einen Aufruf eines in Lemberg lebenden Polen zur Rettung der masurischen Brüder an; ebenso haben sich auch Warschauer Zeitungen ausgesprochen, indem sie auf die Gefahren hinweisen, denen die Masuren ausgesetzt seien, da diese evangelisch sind und dadurch den Germanisirungsversuchen zugänglicher wären. Auch Lithauen ist in den Kreis der Bewegung gezogen worden und es ist von dieser Seite eine Petion an den Minister gelangt, in der um Einführung der lithauischer Sprache beim Volksschulunterricht gebeten worden ist. In der Mitte der Vierziger Jahre waren die Verhältnisse ähnlich wie heute; auch damals erstreckten sich die Agitation und die geheimen Verbindungen weit über Posen in Westpreußen hinaus. Der Mittelpunkt der Agitation liege in der Instruktion vom Jahre 1842, die ein großes politisches Interesse habe. Als im Jahre 1841 der Provinziallandtag von Posen zusammentrat, erließ der König eine Ansprache, in welcher er auf seine Zusage in Königsberg hinzielte und aussprach, daß eine Aenderung der bis dahin giltigen Verordnungen nicht erforderlich sei. Der Landtag jedoch erklärte, sich nicht auf diesen Standpunkt stellen zu können und protestirte gegen die Einverleibung. In dem Landtagsabschiede war verheißen, daß die Wiener Traktate beobachtet werden sollen, unter der Bedingung, daß die Polen sich bequemen wollten, die politische Absonderung aufzugeben und Preußen werden wollten. Unter denselben Bedingungen ist auch die Instruktion von 1842 erlassen. Der nächste Provinziallandtag protestirte gegen den Namen Preußen und erklärte, daß seine Mitglieder nur Polen bleiben wollten. Daraufhin wurde die Verordnung von 1843 erlassen, in welcher eine von den bisherigen Verordnungen abweichende Meinung dokumentirt ist und erklärt wird, daß, wenn die schon erwähnten Bedingungen nicht akzeptirt werden, die Polen von den verheißenen Wohlthaten ausgeschlossen werden sollen. Der Minister weist darauf auf das Verhalten der Polen in den Jahren 1846 und 1848 und auf ihren Protest gegen die preußische Verfassung hin und verliest einige Reden von Abgeordneten, in denen sie erklären, einen Landtag im Landtag zu bilden und es für beschämend erklären, an einem fremden Landtag theilnehmen zu müssen. Darauf verlas der Minister eine Rede des Abg. Magdzinski, der in einer Wahlversammlung erklärt hatte, weiter zu gehen, als die Wiener Traktate, und den Wiederaufbau Polens verlange. Dieser Rede sei in der Versammlung und in der polnischen Presse der lebhafteste Beifall gespendet worden. Als die „Neue Konitzer Zeitung" vor den Wahlen erklärte, daß die deutschen Katholiken für den polnischen Kandidaten stimmen wollten, wenn dieser erklären wollte, fest zu Kaiser und Reich zu stehen, da sagte der „Pielgrzym" nichts anderes, als daß sie Polen seien und als solche zu sterben wünschen. Dann geht der Minister auf den polnischen Plan ein, ein Gegengewicht gegen den Panslawismus durch Gründung des polnischen Reiches zu bilden und verweist auf eine Broschüre vom Jahre 1846, in der ähnliche Grundsätze ausgesprochen sind. — Die Polen betreiben systematisch die Absperrungsmethode und bemühen sich, von den Deutschen nach Möglichkeit fern zu bleiben. Man warnt in den Zeitungen vor ehelichen Verbindungen mit Deutschen und

vor dem Verkehr der polnischen Kinder mit den deutschen. Der Wunsch, eine gesonderte Stellung in sozialer und politischer Beziehung einzunehmen, wird eifrigst gefördert. — Als Preußen Posen übernahm, gab es überhaupt nur drei Gymnasien in der Provinz, heute giebt es 20 höhere Lehranstalten, die im Jahre 1883 6569 Schüler enthielten, welche Zahl aber seitdem um 90 abgenommen hat. Von diesen waren 4715 Deutsche, der Rest Polen. — Nur das Mariengymnasium in Posen habe über 50 pCt. polnischer Schüler, die übrigen Anstalten wesentlich weniger. Die Einrichtung von polnischen Parallelcöten sei nicht anzustreben, da alle Pädagogen sich dagegen erklärt haben. Die Lehrfähigkeit und Sittlichkeit der polnischen Schüler ist wiederholt anerkannt worden, also ist eine schlimme Wirkung der Verordnungen der Schulverwaltung nicht zu erkennen. Und wenn die polnische Presse sich freue, daß ein polnischer Mittelstand entstehe, so ist das auch eine Folge der preußischen Schulverordnungen. Die polnischen Gymnasien haben sich nicht bewährt und das größte Kontingent zu den Revolutionären geliefert; das Mariengymnasium in Posen war der Hauptheerd der revolutionären Agitation: ähnliche Verhältnisse gab es auf dem Gymnasium zu Trzemeßno. Die Schülerverbindungen hatten ihre Ehrenmitglieder, die die revolutionäre Flamme unter den Schülern nährten. — Der Konflikt in Bezug auf den Religionsunterricht entstand durch die Bestimmung des Grafen Ledochowski, die Unterrichtssprache für den Religionsunterricht festzustellen. Die Verwaltung ist seit Langem bemüht, Lehrer zu finden, die geneigt und befähigt sind, den Religionsunterricht zu leiten und wenn es ihr nicht überall gelungen ist, so sei dies nicht ihre Schuld. Der Minister bespricht sodann die Entwickelung des Volksschulwesens seit der ersten Theilung Polens und erklärt, noch auf dem Standpunkt des Ministers v. Altenstein zu stehen, der die Schonung der Nationalität zum Prinzip erhob, aber nicht außer Acht ließ, daß die Polen Preußen und Deutsche werden müßten, was heute unter der Regierung des allgemeinen Stimmrechts noch nöthiger ist, als damals. Er würde auch niemals dulden, daß die Polonisirung deutscher Katholiken weitere Fortschritte mache, die Begriffe „katholisch" und „polnisch" sich in der Provinz Posen decken und den Forderungen der deutschen Katholiken auf deutsche Predigt in ihren Parochieen keinerlei Rechnung getragen werde. Von einer Unterdrückung der polnischen Sprache könne keine Rede sein und die polnische Bevölkerung wird auch künftighin ihre Muttersprache in Wort und Schrift zu gebrauchen nicht verlernen. Daneben wird der Grundsatz nicht aufgegeben werden, die Polen nach und nach in die Staatssprache einzuführen. Daran müsse man festhalten, um die Polen dadurch zu einer lebhafteren Betheiligung am Staatsleben anzuregen. In diesem Streben werde die Regierung nicht erlahmen. (Lebhafter Beifall!)

Darauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. Tagesordnung: Dritte Lesung des Hundesteuergesetzes und Petitionen.

Schluß 4¼ Uhr.

Herrenhaus.

8. Sitzung.

Berlin, 14. März. Am Regierungstische: Friedberg, Scholz u. A.

Präsident Herzog von Ratibor eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Minuten.

Es sind seit der letzten Plenarsitzung aus dem Hause geschieden a) durch Ableben: die Herren Graf v. Kospoth und Graf von Itzenplitz; b) durch Verkauf seiner landtagsfähigen Besitzthümer: Herr Frhr. von Gaffron-Kummern; c) in Folge Ablaufs seiner städtischen Amtszeit: Herr Oberbürgermeister Engelhart (Mühlhausen).

Berufen sind die Herren von Neumann und von Sperber (Landschaftsbezirk Litthauen), Prinz zu Schönaich-Carolath auf Amtitz und Herr von Kotze auf Präsentation des Domstifts zu Merseburg.

Eingetreten sind die Herren Prinz zu Carolath, von Kotze und Strauß (Memel).

Der Gesammtvorstand des Hauses wird sich an den Konferenzen über die Frage des Neubau's von Geschäftsgebäuden für die beiden Häuser des Landtags in Folge spezieller Einladung des Ministers des Innern betheiligen, ist aber einstimmig der Ansicht, daß für das Herrenhaus ein Bedürfniß zur Errichtung eines anderweitigen Geschäftshauses nicht vorliegt.

Der Gesetzentwurf, betr. die nochmalige Verlängerung des in den §§ 9 und 12 des Gesetzes über die Auflösung des Lehnsverbandes der sächsischen und brandenburgischen Lehen den Lehnsbesitzern gestatteten vierjährigen, durch das Gesetz vom 10. März 1880 um zwei Jahre verlängerten Wahlrechts, um fernere zwei Jahre, wird ohne Debatte unverändert angenommen.

Es folgt der Bericht der Justizkommission (Referent Herr Dr. Beseler) über die Petiton der Fürstin Auguste zu Ysenburg—Büdingen und der übrigen Allodialerben des verstorbenen Kurfürsten von Hessen—Kassel auf Herausgabe eines Theils der sequestrirten Revenuen event. auf Offenlassung des Rechtsweges.

Die Kommission hat über den letzteren Antrag Uebergang zur Tagesordnung beantragt, nachdem der Kompetenzgerichtshof den seitens der Regierung erhobenen Konflikt für begründet erachtet hat; das Hauptpetitum hat sie mit 5 gegen 4 Stimmen der Regierung zur Erwägung zu überweisen empfohlen.

Graf zur Lippe bekämpft diesen Vorschlag, der ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung in sich schließe. Desgleichen bitten der Kommissar Geh. Rath Rüdorff und der Finanzminister Scholz um einfachen Uebergang zur Tagesordnung; der Minister bestätigt außerdem, daß Restbestände nicht mehr vorhanden seien. Gleichwohl wird der Antrag der Kommission, für den auch Graf von der Schulenburg-Beetzendorf unter Hinweis auf die den Petenten zur Seite stehenden Billigkeitsgründe eintritt, mit erheblicher Majorität zum Beschluß erhoben.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. Tagesordnung: Kleinere Vorlagen, Petitionen, Entwurf betreffend die Behandlung der Schulversäumnisse.

Schluß 3¼ Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

☾ **Berlin,** 14. März. [Herr v. Stosch bleibt. Die parlamentarische Lage.] Unsere gestrigen Zweifel an einem Verlauf der Affaire Stosch, welche dem der Kameke'schen Angelegenheit analog gewesen wäre, haben sich rasch bestätigt, obgleich gestern Abend Nachrichten im Umlauf waren, wonach die Entlassung des Chefs der Admiralität bewilligt sei und die Wahl des Nachfolgers zwischen dem Generallieutenant v. Caprivi und dem Viceadmiral Batsch schwanken sollte. Diese Namen waren indeß offenbar nur das Ergebniß einer naheliegenden Konjektur; Herr v. Caprivi war neben Herrn v. Bronsart einer der Kandidaten für das Kriegsministerium gewesen, und Herr Batsch ist der erste aktive Offizier der Marine. Die Gründe, welche gegen die Wahl des einen und des andern gesprochen hätten, haben wir gestern bereits hervorgehoben. Inzwischen war das Entlassungsgesuch des Chefs der Admiralität bereits heute früh vom Kaiser abgelehnt — bemerkenswerther Weise in dem Augenblick, als die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ihren Lesern von der Einreichung desselben gerade die erste Mittheilung machte; gestern Abend scheint man also an der Stelle, an welcher das genannte Blatt seine Instruktionen erhält, die Ablehnung des Gesuches noch nicht als sicher betrachtet zu haben. Im Abgeordnetenhause wurde heute hie und da noch bezweifelt, ob Herr v. Stosch sich bei der Ablehnung beruhigen werde; nach unseren Informationen, die wir für zuverlässig halten, ist die Angelegenheit aber für den Chef der Admiralität erledigt und er bleibt im Amte; dies entspricht auch allein der Natur dieses Zwischenfalles, der, gleichviel, wie er ursprünglich entstanden, sich im weiteren Verlauf zu einer Art Kraftprobe zwischen dem Reichskanzler und dem Chef der Admiralität, vielleicht auch zu einer solchen zwischen dem ersteren und noch einer anderen hochstehenden Persönlichkeit, gestaltet hatte. Abgesehen von anderen Dingen, welche die Entscheidung zu Gunsten des Herrn von Stosch bewirkten, kam wesentlich in Betracht, daß er, wie wir gestern hervorhoben, in seinem Ressort mindestens ebenso schwer zu ersetzen sein würde, wie Fürst Bismarck an der Spitze des auswärtigen Amtes. — Es ist gut, daß die parlamentarischen Arbeiten in den nächsten Tagen eine mehrwöchentliche Unterbrechung erfahren, denn die sensationellen Vorgänge in der letzten Woche — deren charakteristischste Züge sich wohl mündlich, aber nicht in der Presse erörtern lassen — haben die Stimmung für sachliche Berathungen verdorben; es herrscht allgemein die Empfindung, daß die Zerfahrenheit der politischen Verhältnisse im Innern kaum noch eine Steigerung zuläßt. Es giebt augenblicklich keine „Fühlung" zwischen dem leitenden Staatsmann und irgend einer der Parteien; die bekannte Unterredung mit Herrn v. Bennigsen hat nicht einmal zu dauernder Information über die gegenseitigen Absichten und Auffassungen geführt, ebenso wenig aber besteht eine solche — vom Zentrum ganz zu schweigen — mit den Konservativen. Bezeichnend dafür ist u. A. die Hartnäckigkeit, mit welcher die „Kreuz-Ztg." an der Meinung festhielt, daß der katholischen Geistlichkeit auf gesetzgeberischem Wege jetzt neue Zugeständnisse sollten angeboten werden — eine Absicht, welche, falls der Kultusminister sie gehegt haben sollte, jedenfalls den Intentionen des Fürsten Bismarck in keinem Augenblicke entsprochen hat. Ebenso unzufrieden, wie alle großen Parteigruppen des Parlaments mit dem Gange der Dinge oder in noch höherem Grade, da für den Kanzler auch die jüngste Ministerkrise, wie oben angedeutet wurde, nicht nach Wunsch verlaufen, ist Fürst Bismarck; er soll sich in großer Verstimmung befinden, und es giebt Leute, welche ein Gesuch desselben um längeren Urlaub prophezeien.

— Das Staatsministerium hat sich nunmehr über eine Vertagung des Landtages bis zum 16. April d. J. geeinigt. Herrn von Puttkamer soll das Verdienst gebühren, den Fürsten Bismarck überzeugt zu haben. Ueber die Form der Vertagung war man gestern noch nicht schlüssig geworden.

Rom, 13. März. [Deputirtenkammer. Fortsetzung der Berathung des Budgets des Ministeriums des Auswärtigen.] Der Minister des Auswärtigen, Mancini erklärte, er werde sich darauf beschränken, die Ausführungen der letzten Redner, soweit nothwendig, in den wichtigsten Punkten richtig zu stellen. Auch wolle er kategorische Aufklärungen über die Absichten der Regierung und ihre bisherigen Handlungen geben, um etwaige Irrthümer zu beseitigen und die öffentliche Meinung aufzuklären. Die im Jahre 1878 durch den Berliner Kongreß und die späteren öffentlichen und geheimen Verpflichtungen geschaffene Lage mußte und wird nothwendig einen Zustand hervorrufen müssen, gegen welchen eine einzelne Regierung oder ein Staatsmann vergeblich versuchen würde, anzukämpfen. Es würde ungerecht sein, einen Minister für die Folgen dieser Thatsachen verantwortlich zu machen. Alle hätten Italien zur Ruhe und Sammlung gerathen. Als er an das Ruder gekommen sei, habe er die von der Kammer gefaßten Beschlüsse zur Richtschnur für die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten genommen, nämlich eine Politik des Friedens und Achtung vor den bestehenden Verträgen, ohne die Vollendung der wirthschaftlichen Reformen, welche das Programm der Linken bildete, aufs Spiel zu setzen. Als er in das gegenwärtige Kabinet eintrat, habe er sich einer schwierigen Lage gegenüber befunden wegen der Angelegenheiten in Tunis und Marseille und wegen einer gewissen eigentlich unmotivirten Kühle der Beziehungen zu Oesterreich und Deutschland. Eine Macht von fast 30 Millionen Seelen, die eine ausgezeichnete Armee und Marine besitze, biete ein Bündniß mit ihr nur Denjenigen an, welche es wünschten, und nur nachdem sie konstatirt hat, daß es gewünscht wird. Wer behaupten wolle, daß Italien in Wien und Berlin eine Zurückweisung erlitten habe, verleumde das Land und die Regierung. Was die Beziehungen Italiens zu Oesterreich und Deutschland angehe, so verweise er auf die von dem österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen vor der österreichischen Delegation in Pest abgegebenen Erklärungen. Das damals erwähnte Bündniß habe einen durchaus legitimen und friedlichen Zweck, die Regierung werde demselben treu bleiben, sie wolle indessen keineswegs eine Abneigung gegen eine andere Macht zeigen, mit welcher Italien durch eine so große Gemeinsamkeit der Interessen und Bedürfnisse verbunden sei. Aus den veröffentlichten Schriftstücken gehe hervor, daß Italien, Dank dieser Verbindung, nicht mehr isolirt sei. Bei jeder Frage von allgemeinem Interesse für Europa habe sich die Uebereinstimmung der diplomatischen Aktion Italiens und derjenigen der beiden Reiche gezeigt.

Mancini bestreitet im Fortgange seiner Rede, daß eine Verbindung Italiens mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland die freie Entwickelung Italiens im Innern beeinträchtigen würde. Ein Beweis hierfür sei, daß Italien kürzlich in Gemäßheit der bestehenden Verträge Oesterreich gegenüber die Auslieferung von drei seiner Unterthanen abgelehnt habe. Der Minister weist die Behauptung Savini's zurück, daß der Irredentismus gute Beziehungen zwischen Italien und Oesterreich unmöglich mache, da derselbe anscheinend eine feindselige Stimmung in Oesterreich gegen Italien zu erzeugen trachte. Die jüngst hier stattgehabten Demonstrationen seien von einzelnen Individuen oder von einer bedeutungslosen Minorität veranlaßt worden. Durch die vorgekommenen unwürdigen Schmähungen befreundeter Nationen und ihrer Botschafter werde weder eine Theorie noch ein Prinzip zum Ausdruck gebracht; andernfalls würde Italien auch Korsika, Malta, Nizza und den Kanton Tessin reklamiren müssen. (Beifall.) Die irredentistischen Bewegungen seien das Werk einer irregeführten Jugend oder einer antimonarchisch gesinnten Minorität, welche sich des Irredentismus bediene, um der Regierung Verlegenheiten zu schaffen. Hiergegen einzuschreiten sei Sache der Gerichte und für seinen Theil auch Sache des Ministers. Es gereiche der Regierung zur Befriedigung, daß von sämmtlichen Rednern ohne Unterschied der Parteien mit Ausnahme eines einzigen die Annäherung Italiens an Oesterreich-Ungarn und Deutschland gebilligt werde. Die Regierung werde auf diesem Wege fortschreiten und daraus einen berechtigten Zuwachs an Stärke und Sicherheit ziehen, ohne jede Einbuße an konstitutioneller Freiheit, Würde und Unabhängigkeit. (Lebhafter Beifall.) Die Beziehungen Italiens zu Frankreich seien in fortschreitender Besserung begriffen. Der Handelsvertrag sei abgeschlossen, die beiderseitigen Botschafter seien ernannt, bezüglich der tunesischen Frage seien Instruktionen gegeben worden zur Herbeiführung eines modus vivendi, welcher für Italien nicht das Aufgeben von Rechten in sich schließe, die Italien durch seine Stellung und durch seine Verträge mit der tunesischen Regentschaft verbürgt seien. In Betreff der Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit habe Italien dem Vorschlage Frankreichs keine Weigerung entgegengesetzt, sondern Vorbehalte gemacht, welche im Wesentlichen denjenigen Englands identisch seien, welches sich die Ertheilung einer definitiven Antwort vorbehalten habe, bis ein konkreter Vorschlag vorliege und bis das für die Ausländer in Anwendung zu bringende Gerichtssystem bestimmt sein würde.

Der Minister geht hiernach auf die Beziehungen Italiens zu England und auf die egyptische Frage über und sagt, die Regierung bleibe überzeugt, daß sie den Interessen des Landes entsprechend gehandelt habe, als sie es abgelehnt habe, bei der englischen Intervention in Egypten mitzuwirken. Der Minister erklärt sodann sein Programm, indem er mit der Depesche vom 11. September 1881 an den Botschafter in London beginnt und führt aus, daß die Ereignisse seine damaligen Vorherberechnungen über die Phasen der egyptischen Frage bestätigt hätten. Er habe sich dafür bemüht, daß die Kompetenz des europäischen Konzerts anerkannt und in Egypten dem ausschließlichen Einfluß Englands und Frankreichs substituirt worden sei. Der Minister bestreitet, daß Italien die Absicht gehabt habe, sich einer isolirten Aktion der erwähnten beiden Mächte anzuschließen. Italien habe das Möglichste gethan, um eine bewaffnete Intervention in Egypten zu verhindern. Die Konstantinopeler Konferenz sei von Italien angenommen worden als eine Weihe der Kompetenz Europas, welche Italien angerufen habe als einen natürlichen Ausweg zur Regelung der egyptischen Angelegenheiten, jedoch ohne blindes Vertrauen und unbegrenzten Enthusiasmus. Während der Konferenz sei Italien im vollen Einvernehmen mit Deutschland und Oesterreich vorgegangen und haben in keiner Weise England entgegengearbeitet, wie sich das aus den diplomatischen Schriftstücken ergebe. Was den Vorwurf anbelange, daß Italien eine Kooperation mit England abgelehnt habe, so müsse er darauf erwidern, daß Italien nach den in der Konferenz übernommenen Verpflichtungen und da es die von England geltend gemachte force majeure für sich nicht anzuführen vermochte, einer isolirten Aktion sich nicht ungestüm anschließen konnte. Gleichwohl sei es unrichtig, daß die Ablehnung einer Kooperation Italiens eine absolute gewesen sei, Italien habe sich eine definitive Antwort bis nach dem Ergebnisse der Konferenz vorbehalten. Auch die öffentliche Meinung des Landes sei damals einer Intervention abgeneigt gewesen, Oesterreich und Deutschland hätten zwar keinen Widerspruch dagegen erhoben, hätten sich aber auch nicht zustimmend geäußert und der italienischen Regierung alle Verantwortung überlassen. Noch andere Erwägungen hätten die Regierung von einer Kooperation abgehalten, es sei klar gewesen, daß, wenn die italienische Fahne an der Küste Egyptens geweht hätte, auch Frankreichs Fahne dort entfaltet worden wäre und daß dann neue Verwickelungen entstanden sein würden. Ebenso sei es unmöglich gewesen, die Dauer und die Kosten einer Expedition von vorne herein zu übersehen, das finanzielle und wirthschaftliche Programm des Kabinets wäre ohne entsprechende Kompensation über den Haufen geworfen worden, eine solche Verantwortlichkeit habe er nicht übernehmen zu dürfen geglaubt. Auch für Italien werde der historische Zeitpunkt nicht ausbleiben, wo es seinen legitimen Einfluß zur Wahrung der nationalen Interessen werde geltend machen können. Die Regierung handele seiner Ansicht nach durchaus korrekt und verfolge mit Beständigkeit und ohne jedes Zaudern und ohne alle Ungewißheit ein klares und bestimmtes Programm. Der Minister äußerte sich hiernächst eingehend über die von Italienern in Egypten erlittenen Verluste, über die Angelegenheit von Sfax, über die friedliche Expedition Giulietti's und über den Stand der Angelegenheiten in Tripolis, die von Italien geforderten Genugthuungen seien erlangt worden. Aus den neuen Grünbüchern, die er der Kammer vorlege, werde sich u. A. auch ergeben, wie verläumderisch die Behauptung sei, daß die italienische Regierung auf eine Okkupation von Tripolis ausgehe. Italien strebe lediglich darnach, seine Staatsangehörigen mittelst einer diplomatischen Aktion zu schützen. Am Schlusse seiner Rede erklärte Mancini, er wünsche ein aufrichtiges Votum darüber, daß die von ihm geleitete und von dem Parlamente inspirirte auswärtige Politik der Regierung die Zustimmung der Kammer finde und daß dieselbe für eine Italiens würdige erachtet werde. (Beifall.) Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

---

r. Stadtverordnetensitzung
am 14. März.

Anwesend sind 29 Stadtverordnete, und zwar die Herren: Brodnitz, Dr. Buski, Czapski, Fiebig, Fontane, Dr. Friedländer, Gerhardt, Glatzel, Herz, Jäckel, Jaffe, v. Jażdzewski, Ad. Kantorowicz, Kirsten, König, Kronthal, Dr. Landsberger, Dr. Łebiński, Lipschitz, Manheimer, Orgler, Prausnitz, Dr. Rehfeld, Röstel, Rosenfeld, Schweiger, Türk, Victor, Ziegler. Von Magistrats-Mitgliedern sind anwesend: Bürgermeister Herse, Stadträthe Annuß, v. Chlebowski, Stadtbaurath Grüder, W. Kantorowicz, Dr. Loppe, Schmidt. Den Vorsitz führt Stadtverordneter B. Jaffe. — Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, macht der Vorsitzende einige geschäftliche Mittheilungen. Vom Direktor der städtischen Realschule ist an die Versammlung eine Einladung zu der Feier des Geburtstag des Kaisers ergangen; bei derselben wird Professor Dr. Motty die Festrede halten; die öffentliche Prüfung in der Realschule kommt diesmal in Wegfall. Der Magistrat hat die vom Stadtverordneten Kirsten gestellte Anfrage, der sich die Versammlung angeschlossen hatte, aus welchem Grunde in dem städtischen Verwaltungsberichte pro 1882 der Werth der Inventarien im Rathhause, in den Schulgebäuden 2c. bedeutend höher angegeben sei, als in dem Vorjahre, dahin beantwortet, daß der unter der Nachweisung über den Vermögens- und Schuldenzustand der Stadtgemeinde Posen am 31. März 1882 angegebene Werth der Inventarien (S. 30) dem Feuerversicherungs-Betrage entspreche. Es wird hierauf in die Tagesordnung eingetreten, und zwar zunächst in der Feststellung der Etats pro 1883/84 fortgefahren.

Ueber den Etat für das Feuerlöschwesen pro 1883/84 berichtet im Namen der Finanzkommission Stadtverordneter Ad. Kantorowicz und wird danach der Etat in folgender Weise festgestellt: Ausgabe. Persönliche Ausgaben 32,224 M. gegen 21,360 M. im Vorjahr, und zwar 19,800 M. (gegen 17,820 im Vorjahr) den Feuerwehr-Mannschaften. Diese Mehrausgabe kommt hauptsächlich daher, daß 2 Oberfeuerwehrmänner à 75 M. pro Monat, außer den bereits vorhandenen 4 Oberfeuerwehrmännern, eingestellt sind. Die Versammlung hatte diese 2 Oberfeuerwehrmänner in einer Sitzung des vorigen Jahres abgelehnt, die königliche Regierung jedoch die Einstellung der Oberfeuerwehrmänner für durchaus nothwendig erachtet und mit eventuellen Zwangsmaßregeln gedroht, worauf der Magistrat, um einen Konflikt zu vermeiden, dieselben anstellte. Die Finanzkommission hat sich der Gewichtigkeit der vom Magistrate für die Einstellung der 2 neuen Oberfeuerwehrmänner geltend gemachten Gründe nicht verschlossen, beantragt jedoch, das Gehalt sämmtlicher 6 Oberfeuerwehrmänner auf 75 M. pro Monat festzusetzen, während der Magistrat beantragt hatte, zweien derselben, welche gleichzeitig als die Paliere die sonstigen Arbeiten der Feuerwehrmänner zu beaufsichtigen haben, ein Gehalt von 84 M. pro Monat zu gewähren. Der Antrag der Kommission wird von der Versammlung angenommen, so daß also 6 Oberfeuerwehrmänner à 75 M. zusammen 5400 M., 20 Feuerwehrmänner à 60 M. 14,400 M. erhalten. Es werden ferner ausgesetzt: 346 M. den Reservemannschaften bei größeren Bränden; 8736 M. (gegen 200 M. im Vorjahr) den permanenten Druckmannschaften (16 Mann, welche außerdem zur Straßenreinigung und zu verschiedenen Kämmereiarbeiten verwendet werden). Für Gespanne werden bewilligt 2221 M. (gegen 2198

im Vorjahr), für Löschgeräthe 3330 M. (gegen 3400 M. im Vorjahr), davon 2000 M. zur laufenden Unterhaltung und Ergänzung der Löschgeräthe, 1000 M. zur Anschaffung neuer Hanfschläuche. Für Telegraphenleitung werden ausgesetzt 3150 M. (gegen 905 M. im Vorjahr), davon 2510 M. als erste Rate zur Einrichtung einer telegraphischen Verbindung zwischen Rathhaus und Polizei-Direktorium und zwischen Polizeidirektorium und den Revier-Polizeibureaus. Der Antrag zur Errichtung einer derartigen telegraphischen Verbindung ist mit Hinweis auf den Feuerlöschdienst, sowie auf die Nothwendigkeit einer rascheren Kommunikation zwischen dem Polizeidirektorium und den Polizeirevieren von der Polizeidirektion ausgegangen; der Magistrat hat die Einrichtung einer solchen Verbindung gleichfalls als im Interesse der Kommune liegend erkannt. und beantragt, die Kosten in Gesammthöhe von 2530 M. (von denen die Provinzial-Feuersozietät 40 pCt. trägt) in der Weise aufzubringen, daß sie auf 3 Jahre vertheilt werden. Die Finanzkommission befürwortet diesen Antrag, und spricht sich dafür aus, daß als erste Rate 2510 M. unter Ausgabe, und die entsprechenden 40 pCt. von der Provinzial-Feuer-Sozietät unter Einnahme eingestellt werden. — Gegen diesen Antrag wendet Stadtv. Kirsten ein, daß eine derartige telegrapische Verbindung wohl wünschenswerth, aber bei den nicht so bedeutenden Dimensionen Posens weder in Bezug auf das Feuerlöschwesen, noch zu sonstigen polizeilichen Zwecken nothwendig sei, und daß, da die Polizeikommissarien mit ihren Wohnungen, in denen sich die Revier-Polizeibureaus befinden, häufig wechseln, aus der dadurch erforderlich werdenden Verlegung der Telegraphendrähte der Stadtgemeinde andauernd neue Ausgaben erwachsen würden; die Versammlung möge demnach nur die Mittel zur Herstellung einer telegraphischen Verbindung zwischen Rathhaus und Polizeidirektorium bewilligen. — Stadtv. Rosenfeld dagegen beantragt, die Versammlung möge die Kosten für die Herstellung der telegraphischen Verbindung in ihrem ganzen Umfange in einer Rate bewilligen. Stadtv. Dr. Lebinski spricht den Wunsch aus, der Magistrat möge in geeigneter Weise dafür sorgen, daß die Feuermeldestationen dem Publikum recht bekannt gemacht werden. — Der Antrag des Stadtv. Rosenfeld findet nicht die erforderliche Unterstützung, aber wohl der Antrag des Stadtv. Kirsten; bei der Abstimmung wird der Antrag der Kommission angenommen, und ebenso schließt sich die Versammlung dem Wunsche des Stadtv. Dr. Lebinski an. — Für Miethen werden 2013 M. (gegen 1653 M. im Vorjahr), für Beheizung, Beleuchtung und Reinigung 600 M. eingestellt. Für Insgemein werden 3935 M. (gegen 3995 M. im Vorjahr) bewilligt, davon 900 M. dem Rettungsverein als Beihilfe, 2197 M. zu Neubeschaffungen. Für unvorhergesehene Fälle werden 1231 M. ausgesetzt (gegen 400 M. im Vorjahr), davon zu einmaligen Ausgaben: 158 M. für die Aufstellung von zwei Gaslaternen im Hofe vor dem Feuerwachtlokal am Wronkerplatz, 679 Mark für den Ausbau des Steigerthurms.

Die Einnahme wird folgendermaßen festgestellt: Aus Ablösungen von feuerlöschpflichtigen Personen und von Pferdebesitzern 5138 M.; Zuschuß der Provinzial-Feuer-Sozietät (40 Prozent der Kosten für Neuanschaffungen) 1694 M., wie im Vorjahr, wobei Stadtv. Fontane darauf hinweist, daß die Direktion der Provinzial-Feuer-Sozietät ermächtigt, aber nicht verpflichtet sei, 40 Prozent Zuschuß zu den Neuanschaffungen zu bewilligen. Arbeitslöhne für auszuführende Kommunalarbeiten durch Feuerwehrmannschaften in freier Wachtdienstzeit und durch die 16 Druckmannschaften 17,436 M. (gegen 8300 M. im Vorjahr); für gestellte Sicherheitswachen 1300 M., für unvorhergesehene Einnahmen 287 M.; Zuschuß aus der Kämmereikasse 22,848 M. (gegen 18,230 M. im Vorjahr). Einnahme und Ausgabe balanziren mit 48,704 M. (gegen 33,611 M. im Vorjahr). — Stadtv. Rosenfeld spricht den Wunsch aus, daß die Abtheilung der Feuerwache, welche allabendlich 6 Uhr von dem Wachtlokal am Wrokerplatz im Trabe, mit Fackelbeleuchtung und unter Geklingel nach der Schrodka fährt, um die dortige Wache zu beziehen, dies Beziehen in weniger geräuschvoller und in nicht so auffallender Weise, vielleicht auch nicht unter Benutzung der sehr belebten Breiten-, sondern der Seitenstraßen bewerkstellige. Stadtbaurath Grüder macht dagegen geltend, daß im kurzen Trabe, nicht mit Pech-, sondern Petroleumfackel gefahren, und auch nur dann geklingelt werde, wenn sich der Fahrt irgend ein Hinderniß entgegenstelle. — Von den Stadtverordneten Brodnitz und Genossen ist folgender Antrag eingegangen: „Die Versammlung möge den Magistrat ersuchen, bei der Provinzial-Feuersozietät dahin vorstellig zu werden, daß dieselbe in der Folge nicht nur zu Neuanschaffungen für Feuerlöschzwecke, sondern auch zu den laufenden Ausgaben für das Feuerlöschwesen eine Beisteuer gebe. Dieser Antrag wird jedoch von der Versammlung abgelehnt.

Ueber den **Etat für Stadtschule V** pro 1883/84 berichtet im Namen der Finanzkommission Stadtv. Herz. Es wird danach der Etat in folgender Weise festgestellt: Ausgabe: Verwaltungskosten 632 M. (gegen 410 M. im Vorjahr); Besoldungen 16,140 M.; gegen 3174 M. im Vorjahr; eine längere Diskussion entwickelt sich dabei über die Errichtung einer 9. Lehrerstelle, die von dem Magistrat beantragt, von Finanz- und Schulkommission jedoch nicht befürwortet worden ist; nachdem die Stadtv. Herz, Dr. Lebinski und Orgler und Bürgermeister Herse die Errichtung dieser Stelle warm empfohlen haben, wird der Magistratsantrag angenommen. Für Unterrichtsmittel werden 780 M. (gegen 170 M. im Vorjahr), für Geräthschaftsunterhaltung 150 M., für Heizung und Beleuchtung 377 M. (gegen 215 M. im Vorjahr), für Miethen 3500 M., für außerordentliche Ausgaben 1786 M. (gegen 1043 M. im Vorjahr), davon zur Utensilienausstattung dreier neuer Klassen 1366 M., zur Beschaffung von 20 kleinen Bänken für den Schulsaal 120 M., zur Ergänzung der Unterrichtsmittel 150 M., zu unvorhergesehnen Ausgaben 150 M. bewilligt. — Einnahme: Zuschuß aus der Kämmereikasse 23290 M., unvorhergesehene Einnahmen 75 M. Einnahme und Ausgabe balanziren demnach mit 23,365 M.

Der **Etat für das Turnwesen** pro 1883/84, über welchen im Namen der Finanzkommission Stadtv. Rosenfeld berichtet, wird folgendermaßen festgestellt: Ausgabe: Verwaltungskosten 593 M., Besoldungen 5700 M. (gegen 5200 M. im Vorj.), eine längere Diskussion entwickelt die Besoldung des Oberturnlehrers Kloß. Magistrat und Stadtschul-Deputation hatten mit Rücksicht auf die verantwortliche Stellung desselben und die große Bedeutung des Turnunterrichts im Organismus unserer Schulen, sowie auf die Stellung gegenüber den Rektoren selbst, und auf die großen Verdienste desselben um die Hebung des Turnwesens an den hiesigen Schulen beantragt, die Gleichstellung des Oberturnlehrers mit den Rektoren in Betreff des Gehalts befürwortet. Die Versammlung nimmt nach längerer Debatte den Magistratsantrag an, jedoch unter der Voraussetzung, daß der Oberturnlehrer auch die obligatorisch oder fakultativ einzuführenden Turnspiele einrichte und leite. — Für Geräthschaftsunterhaltung 1000 M. (gegen 470 M. im Vorjahr), für Heizung und Beleuchtung 520 M., für Miethen 2890 M. — Einnahme: Turnbeiträge vom Realgymnasium, Mittel- und Bürgerschule 4078 M., für Benutzung der Turnhalle durch Vereine 2c. 160 M., Zuschuß aus der Kämmereikasse 6365 M. (gegen 5473 M. im Vorjahr). Einnahme und Ausgabe balanziren mit 10,604 M. (gegen 8898 M. im Vorjahr).

Ueber den **Etat der Gasanstalt** pro 1883/84 berichtet im Namen der Finanzkommission Stadtv. Manheimer, und wird danach der Etat folgendermaßen festgestellt: Verwaltungskosten 27,272 M., davon persönliche Ausgaben 23,772 M., sächliche Ausgaben 2000 M., zur Disposition der Direktion 1500 M. Eine Diskussion enwickelte sich in betr. des einen Beamten, welcher lange Jahre bei der Gasanstalt thätig gewesen ist und nunmehr bei der Kämmereikasse angestellt werden soll, dessen Gehalt aber, da er nur mit den Angelegenheiten der Gasanstalt zu thun hat, von dieser mit 2232 M. zu zahlen ist. Gegen die Anstellung desselben werden aus der Mitte der Versammlung Bedenken erhoben, da er nicht die bei Feststellung der Gehaltsskala für die städtischen Beamten vorgeschriebene Prüfung bestanden habe. Doch wird von der Versammlung mit Rücksicht darauf, daß derselbe sich als Beamter der Gasanstalt wohl bewährt habe und auch fernerhin nur mit Gasanstalts-Angelegenheiten beschäftigt werden solle und überdies schon über 50 Jahre alt sei, ausnahmsweise davon Abstand genommen, daß derselbe die Prüfung abzulegen habe. Für Gasbereitung 209,500 Mark; für öffentliche Beleuchtung 15,265 M. (gegen 10,815 M. im Vorjahre); für Unterhaltung der Anlagen und Geräthe 19,250 M.; für Miethe, Abgaben und Lasten 11,930 M. (gegen 15,700 M. im Vorjahre); für Werkstatt 7800 M.; Insgemein 400 M.; Verwendung des Ueberschusses: 178,241 M. Davon die Kosten der Straßenbeleuchtung 68,000 M., baar als Ueberschuß 110,241 M. — Einnahme: Zinsen 16,453 M., Miethen 9425 M., öffentliche Beleuchtung 69,400 Mark; Privatbeleuchtung 249,730 M. (gegen 233,230 M. im Vorjahre); Nebenprodukte 118,500 M.; Werkstatt 6000 M.; unvorhergesehene Einnahmen 150 M. Einnahme und Ausgabe balanciren mit 469,658 M. (gegen 453,560 M. im Vorjahre)

Der **Etat der Wasserwerke**, über welchen im Namen der Finanzkommission Stadtv. Manheimer berichtet, wird folgendermaßen festgestellt: Ausgabe: Verwaltungskosten 10,478 M., Wasserhebung 26,130 M., Unterhaltung der Anlagen und Geräthe 11,325 M.; Miethen, Abgaben und Lasten 9458 M., Werkstatt 2000 M., Insgemein 12,950 M., Verwendung der Ueberschüsse 44,117 M., davon 3196 M. zum Reserve- und Erneuerungsfonds, 8880 M. Kosten des zu öffentlichen Zwecken verwendeten Wassers, 32,041 M. baar als Ueberschuß. — Einnahme: Zinsen 3268 M., Wasserabgabe zu öffentlichen Zwecken 8880 M., Wasserzins 101,800 M., für Privateinrichtungsstücke 2150 M., vermischte Einnahmen 260 M. Einnahme und Ausgabe balanziren mit 116,358 Mark (gegen 122,264 Mark im Vorjahr). — Der Etat der Quellenleitung balanzirt in Einnahme und Ausgabe mit 2250 Mark (gegen 800 Mark im Vorjahr). — Stadtverordneter Kantorowicz spricht den Wunsch aus, daß Wasser zu gewerblichen Zwecken zu ermäßigteren Preisen abgegeben werden möge.

Zum Mitgliede der **Kommission zur Schätzung seuchekranker Thiere** wird an Stelle des Rentiers Schmädicke, welcher die auf ihn gefallene Wiederwahl abgelehnt hat, auf Antrag der Wahlkommission, in deren Namen Stadtv. Röstel berichtet, Fleischermeister Brühl gewählt.

Mit dem **Niederlassungsgesuch** des Hirsch Weinstock erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Von den Stadtverordneten Kirsten und Genossen ist ein Antrag, betreffend die **Einführung einer Geflügelsteuer**, eingegangen; derselbe wird auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen gesetzt werden.

Damit erreicht die Sitzung, welche 4½ Uhr Nachmittags begonnen hat, nach 7 Uhr Abends ihr Ende.

Locales und Provinzielles.

Posen, 15. März.

— **Versetzung.** Der Ober-Regierungs-Rath und Dirigent der Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen, Grisebach hierselbst, ist, wie wir hören, an das königl. Regierungs-Präsidium in Frankfurt a. O. versetzt.

Vermischtes.

* **Dresden**, 14. März. [Das Eis der Elbe] ist an der böhmischen Grenze zum Stehen gekommen, die Schifffahrt ist eingestellt.

Telegraphische Nachrichten.

Baden-Baden, 14. März. Die Beisetzung der Leiche des Fürsten Gortschakow hat heute Mittag in der hiesigen russischen Kapelle stattgefunden. Prinz und Prinzessin Wilhelm von Baden, die russischen Gesandten in Weimar, Stuttgart und Bern, sowie die Spitzen der hiesigen Behörden wohnten der Feierlichkeit bei.

Braunschweig, 14. März. Der Landtag genehmigte die Sekundärbahnvorlage nach dem Antrage der Kommission und wurde sodann geschlossen.

Wien, 14. März. Im Abgeordnetenhause brachte der Unterrichtsminister eine Nachtragskreditforderung für die medizinische Fakultät der böhmischen Universität zu Prag ein.

Wien, 14. März. Die „Wiener Zeitung" meldet, daß der Kaiser dem Fürsten Karl Schwarzenberg, dem Fürsten Georg Lobkowitz, dem Grafen Joseph Nostitz-Rieneck und dem Grafen Otto Chotek die Geheimrathswürde verliehen habe.

Paris, 13. März. Wie der „Agence Havas" aus Tunis gemeldet wird, geht der Zwischenfall in La Goletta einer friedlichen Lösung entgegen; die Militärbehörde hat die Angelegenheit dem französischen Ministerresidenten Cambon übergeben. Der schuldige Italiener befindet sich noch in dem italienischen Konsulatsgebäude.

Paris, 14. März. Die bei den letzten Kundgebungen Verhafteten fremder Nationalität werden ausgewiesen, nachdem sie ihre Strafen verbüßt haben werden. Ein aus Baden gebürtiger, an den Kundgebungen Betheiligter ist heute zu einem Monat Gefängniß verurtheilt worden. — In der zweiten Abtheilung des Lyceums Louis-le-Grand machten sich heute neue Symptome der Auflehnung bemerkbar: 40 Zöglinge sind von dem Institut verwiesen worden. — Die Rechte der Deputirtenkammer beschloß wegen der Unruhen in diesem Lyceum zu interpelliren. Die Redner derselben werden zu beweisen suchen, daß dieselben das Resultat der Erziehung durch Laien seien. Die äußerste Linke billigte den Interpellationsentwurf des intransigenten Deputirten Lefèvre bezüglich der Lage der Arbeiter in den Kohlenzechen; die Interpellation wird am Sonnabend eingebracht werden.

London, 14. März. Die internationale Fischereiausstellung wird am 12. Mai durch die Königin eröffnet werden.

Petersburg, 13. März. Der kaiserliche Hof ist heute wieder nach Gatschina übergesiedelt.

Bukarest, 14. März. Der König und die Königin werden Ende dieser Woche eine Reise nach Italien antreten.

Washington, 13. März. Der Staatssekretär Frelinghuysen und die Gesandten von Madagaskar tauschten heute die Ratifikationen des abgeschlossenen neuen Vertrages aus, der später veröffentlicht werden wird.

Newyork, 14. März. Der Schatzmeister der irischen Agrarliga, Patrick Egan, ist hier angekommen.

Verantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 14. März Morgens 1,82 Meter.
" " 14. " Mittags 1,80 "
" " 15. " Morgens 1,70 "

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
14 Nachm. 2	747,5	W lebhaft	trübe	— 0,7
14. Abnds. 10	746,4	SW schwach	halbheiter	— 4,7
15. Morgs. 6	745,4	SW schwach	heiter	— 8,4

Am 14. Wärme-Maximum: — 0°7 Cels.
" " Wärme-Minimum: — 10°2 "

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 14. März. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 272¾, Franzosen 291½, Lombarden 122⅜, Galizier 261¼, österreich. Papierrente —, Egypter 75⅛, III. Orientanl. —, 1880er Russen —, Gotthardbahn 111⅜, Deutsche Bank —,—, Nordwestbahn —, Elbthal —, 4proz. ung. Goldrente 75⅛. II. Orientanleihe —. Böhmische Nordbahn —. Ziemlich fest.

Wien, 14 März. (Schluß-Course.) Schluß fest, Franzosen lebh. Papierrente 78,25 Silberrente 78,50. Oesterr. Goldrente 97,75. 6-proz. ungarische Goldrente 120,25. 4-proz. ung. Goldrente 88,70. 5-proz. ung. Papierrente 86,85. 1854er Loose 118,75. 1860er Loose 131,00. 1864er Loose 167,75. Kreditloose 170,50. Ungar. Prämien. 116,25. Kreditaktien 313,00. Franzosen 340,00. Lombarden 143,25. Galizier 306,00 Kasch.-Oderb. 145,00. Pardubitzer 149,50. Nordwestbahn 206,75 Elisabethbahn 217,50 Nordbahn 2772,50 Oesterreich. ungar. Bank —,—. Türk. Loose —,—. Unionbank 117,80, Anglo-Austr. 117,00 Wiener Bankverein 113,25 Ungar. Kredit 313,75. Deutsche Plätze 58,55 Londoner Wechsel 119,85. Pariser do. 47,50. Amsterdamer do. 99,35 Napoleons 9,50 Dukaten 5,63 Silber 100,00. Marknoten 58,60. Russische Banknoten 1,19¼. Lemberg-Czernowitz —,—. Kronpr.-Rudolf 165,50. Franz-Josef —,—. Dux-Bodenbach —,—. Böhm. Westbahn —,—. Elbthalb. 228,00. Tramway 226,70. Buschterader —.—. Oesterr. 5proz Papier 92,90.

Nachbörse: Ungar. Kreditaktien 312,80, österr. Kreditaktien 311,80, Franzosen 339,75, Lombarden —,—, 4proz. ungar. Goldrente —,—, Galizier —,—, Elbthal —,—, Nordbahn —,—, österreich. Papierrente —,—, Nordwestbahn —,—, Anglo-Austr. —,—.

Paris, 14. März. (Schluß-Course.) Fest.

3proz. amortisirb. Rente 82,57½, 3proz. Rente 82,07½, Anleihe de 1872 115,67½, Italien. 5proz. Rente 89,50, Oesterreich. Goldrente 84⅛, 6proz. ungar. Goldrente 102⅛, 4proz. ungar. Goldrente 76⅛, 5proz. Russen de 1877 91¼, Franzosen 722,50, Lombard. Eisenbahn-Aktien 310,00, Lombard. Prioritäten 289,00, Türken de 1865 12,02½ exkl., Türkenloose 57,00, III. Orientanleihe —.

Credit mobilier 380,00, Spanier neue 62 9/16, do. inter. —, Suezkanal-Aktien 2477,00, Banque ottomane 757,00, Union gen. —, Credit foncier 1360,00, Egypter 378,00, Banque de Paris 1047, Banque d'escompte 535,00, Banque hypothecaire —,—, Lond. Wechsel 25,24½, 5proz. Rumänische Anleihe —,—.

Paris, 13. März. (Boulevard-Verkehr.) 3proz. Rente 82,05, Anleihe von 1872 115,50, Italiener 89,35, österr. Goldrente —,—, Türken 12,05, Türkenloose —,—, Spanier inter. —, do. neue Spanier 62¾, Ungar. Goldrente —,—, Egypter 378,00, 3proc. Rente —,—, Banque ottomane 755,00, Suezkanal-Aktien —,—. Lombarden —,—. Fest.

Florenz, 14. März. 5pCt. Italien. Rente 89,90, Gold 20,11.

London, 14. März. Consols 102 7/16, Italien. 5prozentige Rente 88½, Lombarden 12¼, 3proz. Lombarden alte 11⅜, 3proz. do. neue —, 5proz. Russen de 1871 85 5proz. Russen de 1872 87¼, 5proz. Russen de 1873 86¾, 5proz. Türken de 1865 11⅛, 3½proz. fundirte Amerik. 106⅛, Oesterreichische Silberrente —, do. Papierrente —, 4proz. Ungarische Goldrente 74¾, Oesterr. Goldrente 83 Spanier 62⅝, Egypter 74⅜, Ottomanbank 19⅞, Preuß. 4proz. Consols 101. Fest.

Silber —. Platzdiskont 2¾ pCt.

In die Bank flossen heute 23,000 Pfd. Sterl.

Aus der Bank flossen heute 50,000 Pfd. Sterl. für Konstantinopel.

Newyork, 13. März. (Schlußkurse.) Wechsel auf Berlin 94¼, Wechsel auf London 4,81½, Cable Transfers 4,84, Wechsel auf Paris 5,21⅛, 3½prozentige fundirte Anleihe 103½, 4prozentige fundirte Anleihe von 1877 119⅜, Erie-Bahn 37½, Zentral-Pacific-Bonds 114, Newyork Zentralbahn-Aktien 127¾, Chicago- und North Western-Eisenbahn 147¾.

Geld steif, für Regierungsbonds 3, für andere Sicherheiten 13 Prozent.

Produkten-Kurse.

Hamburg, 14. März. (Getreidemarkt.) Weizen loco unver., auf Termine ruhig, per April-Mai 185,00 Br., 184,00 Gd., per Mai-Juni 187,00 Gd., 186,00 Gd. — Roggen loco unver., auf Termine ruhig, per April-Mai 134,00 Br., 133,00 Gd., per Mai-Juni 134,00 Br., 133,00 Gd. — Hafer u. Gerste unver. — Rüböl geschäftsl., loco 79,00, Mai 78,00. — Spiritus ruh., per März 43 Br., per April-Mai 41 Br., per Juni-Juli 41½ Br., per Juli-August 41¾ Br. — Kaffee ruhig, Umsatz 2500 Sack. — Petroleum still, Standard white loco 7,90 Br., 7,80 Gd., per März 7,90 Gd., per August-Dezember 8,45 Gd. Wetter: Schön.

Wien, 14. März (Getreidemarkt.) Weizen per Frühjahr 10,00 Gd. 10,05 Br., per Herbst 10,55 Gd., 10,60 Br. Roggen per Frühjahr 7,52 Gd., 7,57 Br. Hafer pr. Frühjahr 7,00 Gd., 7,05 Br. — Mais (internationaler) pr. Mai-Juni 6,80 Gd., 6,85 Br.

Amsterdam, 14. März. Bancazinn 58½.

Amsterdam, 14. März. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen auf Termine höher, per März 267, per Mai —. Roggen loko flau, auf Termine unveränd., per März 168, per Mai 168. Rüböl loco 43½, per Mai 43⅜, per Herbst 37½.

Antwerpen, 14. März. Petroleummarkt. (Schlußbericht). Raffinirtes Type weiß, loco 19¼ bez. und Br., per April 19¼ Br., per Mai 19¼ Br., per September-Dezember 21¼ Br. Ruhig.

London, 14. März. An der Küste angeboten 8 Weizenladungen. — Wetter: Milder.

London, 14. März. Havannazucker Nr. 12 23 nominell. Centrifugal Cuba 23½.

London, 14. März. Bei der gestrigen Wollauktion waren Preise unverändert.

London, 14. März. Getreidemarkt. (Anfangsbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 10,300, Gerste 2600 Hafer 27,200 Qrts.

Weizen, Gerste und Mehl träge, Hafer und Mais fest.

London, 14. März. Getreidemarkt (Schlußbericht). Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 10,290, Gerste 2570, Hafer 27,230 Qrts.

Weizen ohne Käufer, Preise nominell. Mehl träge, Hafer und runder Mais fest, amerik. Mais ½ sh. billiger, Gerste ruhig.

Newyork, 13. März. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 10 3/16, do. in New-Orleans 9 11/16, Petroleum Standard white in Newyork 8⅛ Gd., do. in Philadelphia 8 Gd., rohes Petroleum in New-York 7, do. Pipe line Certifikates 1 D. — C. — Mehl 4 D. 25 C. — Rother Winterweizen loko 1 D. 21 C., do. pr. März 1 D. 18¾ C., do. per April 1 D. 20¼ C., do. pr. Mai 1 D. 22⅜ C. Mais (New) — d. 71 C. — Zucker (Fair refining Muscovados) 7 1/16, Kaffee (fair-Rio-) 9¼. Schmalz Marke (Wilcox) 11⅜ do. Fairb. 11¾, do. Rohe u. Brothers 11 9/16. Speck (short clear) 10½ nom. Getreidefracht nach Liverpool 4.

Der Werth der in der vergangenen Woche hier ausgeführten Produkte beträgt 7,507,000 Dollars.

Produkten-Börse.

Berlin, 14. März. Wind: SO. — Wetter: Bezogen.

Die Geschäftslosigkeit dauert an, und ihr ist es wohl zuzuschreiben, wenn der hiesige Verkehr den flauen auswärtigen Berichten nur in kaum nennenswerther Weise Rechnung trägt.

Loko-Weizen still. Im Terminhandel fanden nur ganz geringfügige Umsätze statt; nachdem anfänglich in Folge der flauen amerikanischen, englischen und französischen Berichte nahe Sichten etwas billiger offerirt worden waren, trat die Platzspekulation mit einiger Nachfrage in den Markt, welcher dadurch reichlich auf gestriger Höhe schloß.

Loko-Roggen in feinsten Gattungen besser berichtet und eher theurer bezahlt, ging im Uebrigen wenig und schwerfällig um. Der Terminhandel hatte so ziemlich denselben Verlauf wie der von Weizen. Auch hier griff zu den anfänglich etwas herabgesetzten Coursen die Platzspekulation kaufend ein und stellte dadurch das Niveau der gestrigen Schlußnotirungen wieder her.

Loko-Hafer behauptet. Termine matt. Roggenmehl bei ziemlich regem Geschäft gut preishaltend. Mais in effektiver Waare knapp und fest. Termine unverändert. Rüböl setzte mit ziemlich guter Deckungsfrage fest und merklich theurer ein, ermattete aber nach deren Befriedigung und schloß per April-Mai wie gestern, per Herbst etwas höher.

Petroleum wenig belebt und matt.

Spiritus hat bei äußerst beschränktem Geschäft keinerlei nennenswerthe Veränderung erfahren und schloß auch ganz wie gestern in sehr ruhiger Haltung.

(Amtlich.) Weizen per 1000 Kilogramm loko 120—202 Mark nach Qual., mittel — bez., weißer polnischer mit Auswuchs — ab Bahn bez., polnischer — bez., gelber schlesischer —, hartgelber —, gelber märkischer — ab Bahn bezahlt, per diesen Monat — M. bez., per März-April — bez., per April-Mai 182,5—183 bez., per Mai-Juni 184,5—185 bez., per Juni-Juli 187,75—188 bez., per Juli August — bez., per August-September — M. bez., per September-Oktober — M. bez. — Gekündigt — Ztr. Kündigungspreis — M. per 1000 Kilogramm.

Roggen per 1000 Kilogramm loko 115—138 nach Qualität, inländischer klammer 118—123, mittel —, guter 128—132, feiner 133 bis 134 ab Bahn bez., per diesen Monat 135,5—135,25—135 bez., per März-April — bez., per April-Mai 136,5—136,25—136,5 bez., per Mai-Juni 137,5—137,75—137,5 bezahlt, per Juni-Juli 138,75 bis 139,25—139 bez., per Juli-August — bezahlt, per August-September — bez., per September-Oktober 143 5 bezahlt. — Gekündigt 10,000 Ztr. Kündigungspreis — M. per 1000 Kilogr.

Gerste per 1000 Kilogramm große und kleine 100—200 M. nach Qualität.

Hafer per 1000 Kilogramm loko 115—150 nach Qualität, per diesen Monat —, guter preußischer 126—130, mittel do. —, abfallender —, do. ord. — bez., do. mit Geruch —, guter pomm. 120 bis 125 ab Bahn, per April-Mai 122,75 bez., per Mai-Juni 123,25 bez., Juni-Juli 124,5 bez. — Gekündigt — Zentner. Kündigungspreis — M. per 1000 Kilogr.

Erbsen Kochwaare 150—220, Futterwaare 135—145 per 1000 Kilogramm nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unversteuert inkl. Sack per diesen Monat und März-April 19,75 bezahlt, April-Mai 19,85—19,90 M. bez., per Mai-Juni 19,90 bez., Juni-Juli 20,05 bez., Juli-August — bez., September-Oktober 20,45 bez. — Gekündigt — Zentner.

Weizenmehl Nr. 00 26,50—24,50, Nr. 0 24,25—22,50, Nr. 0 u. 1 21,50—20,50. — Roggenmehl Nr. 0 21,25—20,25, Nr. 0 u. 1 19,75—18,50. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Rüböl per 100 Kilogramm loko mit Faß — bez., ohne Faß — M., per diesen Monat und per März-April — bezahlt, per April-Mai 79—79,9—78,9 bez., per Mai-Juni — bezahlt, per Juli-August — Mark bezahlt, per September-Oktober 62,7—63—62,7 bezahlt. Gekündigt — Ztr.

Spiritus. Per 100 Liter a 100 Prozent = 10,000 Liter pCt. loko ohne Faß 53,3 bezahlt, loko mit Faß — bez., per diesen Monat und per März-April 53,3 bez., per April-Mai 53,8 bez., per Mai-Juni 54,1 bezahlt, per Juni-Juli 55,1 bez., per Juli-August 55,9 bez., per August-September 56,1 bezahlt, per September-Oktober — bez. — Gekündigt — Liter.

Bromberg, 14. März. [Bericht der Handelskammer.] Weizen flau, hochbunt und glasig feinster 175 — 178 M., gesunde mittel Qualität 160 — 172 Mark, hellbunt trogen etwas Auswuchs 145—156 Mk., abfallende Qual. klamm und bezogen 112—130 M. — Roggen ruhig, nur feine Qual. beachtet, loko inländ. feinster 120—122 M., mittlere Qual. 118—119 abfallende Qualität 112—116 Mark. — Gerste nominell feine Brauwaare 125 — 135 Mark, große und kleine Müllergerste 100 — 120 Mark. — Hafer feiner 120—125 Mark. loco geringere Qualität 100—115 M. — Erbsen, Kochwaare 145 — 160 M. Futterwaare 120 — 130 M. — Mais, Rübsen und Raps ohne Handel — Spiritus unverändert, pro 100 Liter à 100 Prozent 50,25 — 50,75 Mark. — Rubelkurs 202,50 Mark.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 14. März. Die heutige Börse eröffnete in fester Haltung und mit meist etwas besseren Kursen auf spekulativem Gebiet. In dieser Beziehung waren die günstigen Notirungen, welche von den fremden Börsenplätzen vorlagen, von bestimmendem Einfluß. Im weiteren Verlaufe ermattete die Stimmung im Anschluß an schwächere Wiener Kurse und blieb später schwankend. Das Geschäft entwickelte sich anfangs ziemlich lebhaft und einige spekulative Hauptdevisen hatten gute Abschlüsse für sich.

Der Kapitalsmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische solide Anlagen, und fremde, festen Zins tragende Papiere, welche mehr den Bewegungen des Spekulationsmarktes folgen, stellten sich meist etwas besser.

Die Kassawerthe der übrigen Geschäftszweige blieben ruhig bei meist behaupteten Kursen.

Der Privatdiskont wurde mit 2¾—2⅝ pCt. für feinste Briefe notirt.

Auf internationalem Gebiet gingen Oesterreichische Kreditaktien auf erhöhtem Niveau mit einigen Schwankungen ziemlich lebhaft um; auch Franzosen und Lombarden waren etwas besser und lebhafter.

Von den fremden Fonds sind Russ. Anleihen und Russ. Noten als etwas besser zu nennen, auch Ungarische Goldrente war fester aber ruhig.

Deutsche und preußische Staatsfonds verkehrten in recht fester Haltung ruhig; inländische Eisenbahnprioritäten waren fest und still.

Bankaktien waren fest und ruhig; die spekulativen Diskonto-Kommandit-Antheile, Deutsche, Darmstädter Bank 2c. etwas anziehend und lebhafter.

Industriepapiere waren meist fest und theilweise ziemlich belebt; Laurahütte und Dortmunder Union St. Pr. wenig verändert.

Inländische Eisenbahnaktien waren fest und ziemlich lebhaft; besonders sind Marienburg-Mlawka, Ostpreußische Südbahn, Breslau-Schweidnitz als höher und belebt zu nennen; auch Altona-Kiel, Oberschlesische, Rechte Oderuferbahn erscheinen etwas besser.

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franks = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Wechsel-Kurse.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	5½	
Brüss. u. Antwerpen 100 Fr. 8 T.	3½	
London 1 Lstr. 8 T.	3	
Paris 100 Fr. 8 T.	3	
Wien, öst. Währ. 8 T.	4	170,50 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	6	202,55 bz
Warsch. 100 R. 8 T.	6	203,10 bz

Geldsorten und Banknoten.

Sovereigns pr. St.	20,39 bz
20-Francs-Stück	16,24 B
Dollars pr. St.	
Imperials pr. St.	16,73 G
Engl. Banknoten	20,425 bz
Französ. Banknot.	80,95 G
Oesterr. Banknot.	170,60 bz
Russ. Noten 100 R.	203,60 bz

Zinsfuß der Reichsbank.

Wechsel 4 pCt., Lombard 5 pCt.

Fonds- und Staats-Papiere.

Dtsch. Reichs-Anl.	4	102,10 bz
Konf. Preuß. Anl.	4½	104,10 B
do. do.	4	102,10 bzB
Staats-Anleihe	4	101,25 bz
Staats-Schuldsch.	3½	98,50 bz
Kur- u. Neum. Schlv.	3½	99,00 bz
Berl. Stadt-Oblig.	4½	102,80 bzB
do. do.	4	101,10 bz
do. do.	3½	96,00 G
Pfandbriefe.		
Berliner	5	108,40 bz
do.	4½	103,80 G
do.	4	100,90 B
Landschaftl. Zentral	4	101,60 bzG
Kur- u. Neumärk.	3½	96,50 bz
do. neue	3½	93,20 bz
do.	4	101,50 bz
N. Brandenb. Kredit	4	
Ostpreußische	3½	93,00 G
do.	4	101,10 bz
Pommersche	3½	92,60 G
do.	4	101,50 bz
do.	4½	102,75 G
Posensche neue	4	100,90 G
Sächsische	4	
Schlesische altland.	3½	
do. Lit. A.	3½	
do. neue II.	4½	
Westpr., rittersch.	3½	93,00 G
do. do.	4	101,80 bzG
do. Neuldsch. II.	4	101,00 bzG
do. do. II.	4½	101,90 bz
Rentenbriefe.		
Kur- u. Neumärk.	4	101,00 G
Pommersche	4	101,00 G
Posensche	4	100,90 G
Preußische	4	100,90 G
Rhein. u. Westf.	4	100,90 G
Sächsische	4	101,25 bz
Schlesische	4	101,00 G
Bayer. Anl. 1875	4	101,90 G
Brem. do. 1880	4	102,30 B
Hamb. St.-Rente	3½	88,75 bz
Sächs. do.	3	81,30 bz
Pr. Pr.-Anl. 1855	3½	150,00 B
Hess. Pr.-Sch. 40 T.	—	304,50 bz
Bad. Pr.-Anl. 1867	4	133,40 B
do. 35 Fl.-Loose	—	227,00 bz
Bayer. Präm.-Anl.	4	133,70 bz
Brnschw. 20 Thlr.-L.	—	97,75 bz
Cöln-Mind. Pr.-A.	3½	126,90 B
Dess. St.-Pr.-Anl.	3½	127,25 bz
Dtsch. G. P.-Pfdb. I.	5	118,70 B
do. do. II. Abth.	5	116,25 B
Hamb. 50 Thl.-Loose	3	189,50 bz
Lüb. 50 Thlr.-Loose	3½	185,25 B
Mein. 7 Fl.-Loose	—	27,90 B
Mein. H. Pr.-Pfdbr.	4	117,00 bz
Oldenb. 40 Thlr.-L.	3	147,00 G

Ausländische Fonds.

Newyork. St.-Anl.	6	
do. do.	7	
Finnländ. Loose	—	48,20 B
Italienische Rente	5	89,75 et bzB
do. Tabaks-Obl.	6	
Oest. Gold-Rente	4	83,00 G
do. Papier-Rente	4⅕	66,60 G
do. do.	5	
do. Silber-Rente	4⅕	66,70 G
do. 250 Fl. 1854	4	
do. Kreditl. 1858	—	324,50 G
do. Lott.-A. 1860	5	120,60 bzG
do. do. 1864	—	317,90 bz
Pester Stadt-Anl.	6	88,30 G
do. do. kleine	6	89,50 G
Poln. Pfandbriefe	5	63,10 bz
do. Liquidat.	4	55,20 bz
Rum. mittel u. kl.	8	110,00 bz
do. St.-Obligat.	6	103,20 bz
do. Staats-Obl.	5	96,70 bz
Russ. Engl. Anl. 1822	5	
do. do. 1862	5	
do. do. kleine	5	85,90 bz
do. konf. Anl. 1871	5	87,10 bzG
do. do. kleine	5	87,10 bzG
do. do. 1872	5	87,10 bzG
do. do. 1873	5	87,10 bzG
do. Anleihe 1877	5	91,40 bz
do. do. 1880	4	72,10 bzB
do. Orient-Anl. I.	5	57,50 G
do. do. II.	5	57,80 bzB
do. do. III.	5	57,70 bz
do. Poln. Schatzobl.	4	84,80 bzG
do. Pr.-Anl. 1864	5	139,70 B
do. do. 1866	5	135,50 bz
do. Boden-Kredit	5	83,20 bzG
do. Ztr. B.-Kr.-Pf.	5	71,50 bz
Schwed. St.-Anl.	4½	103,20 G
Türk. Anl. 1865	fr.	
do. Loose vollg.	fr.	46,00 bzG
Ung. Goldrente	6	102,40 bzG
do. do.	4	75,70 bz
do. Gold-Inv.-Anl.	5	
do. Papierrente	5	73,90 bz
do. Loose	—	227,00 B
do. St.-Eisb.-Anl.	5	96,90 bzB
do. Gold-Pfdbr.	5	101,75 G

Hypotheken-Certifikate.

D. G.-C. B. Pf rz. 110	5	108,60 G
do. IV. rückz. 110	4½	103,70 bz
do. V. do. 100	4	95,60 bzG
D. H. B. P IV. V. VI.	5	103,75 bzG
do. do. do.	4½	102,00 bz
Krupp. Obl. rz. 110	5	110,50 bz
Nordd. Grund-K.	5	100,20 G
Pomm. H.-B. I. 120	5	108,00 G
do. II. u. IV. rz. 110	5	104,57 G
do. III. V. u. VI. 100	5	101,00 G
do. II. rz. 110	4½	100,20 bzG
do. III. rz. 100	4½	99,90 bz
Pr. B.-Kr.-B. unkb. Hyp.-Br. rz. 110	5	111,00 G
do. rz. 115	4½	109,70 bz
do. II. rz. 100	4	98,10 bzG
P. C. Pfb. unk. rz. 110	5	114,50 G
do. rz. 110	4½	109,10 bz
do. rz. 100	4½	104,80 B
do. 1880, 81 rz. 100	4	99,50 bz
P. H.-A.-B. I. rz. 120	4½	106,55 bzG
do. VI. rz. 110	5	107,40 bzG
do. VII. rz. 100	4½	101,00 bzG
do. VIII. rz. 100	4	97,00 bzG
P. H.-B.-A. G. Cert.	4½	101,30 bzG
Schl. Bodkr.-Pfbr.	5	103,10 G
do. do. rz. 110	4½	107,50 G
do. do.	4	98,80 G
Stett. Nat.-H.-K. G.	5	101,10 bzG
do. do. rz. 110	4½	103,10 bzG
do. do. rz. 110	4	98,60 bzG

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien.

Dividenden pro 1881.

Aachen-Mastrich	⅔	52,70 bz
Altona-Kieler	10	218,00 bzG
Berlin-Dresden	0	13,30 bzG
Berlin-Hamburg	17½	336,00 bz
Bresl.-S.-Frbg.	4⅔	108,60 bzG
Dortm.-Gron.-E.	2	57,60 bzG
Halle-Sor.-Gub.	0	27,00 bz
Mainz-Ludwgsh.	3⅗	100,25 bzG
Marnb.-Mlawka	3⅓	117,00 bzG
Mckl. Frdr. Franz.	7⅓	184,00 bzB
Münst.-Enschede	0	8,30 bzB
Nordh.-Erf. gar.	0	28,10 bzB
Obschl. A. C. D. E.	11 3/10	248,75 bzG
do. (Lit. B. gar.)	11 3/10	184,50 G
Oels-Gnesen	0	30,25 G
Ostpr. Südbahn	0	123,60 bzG
Posen-Creuzb.	0	28,30 bzG
R.-Oder-U. Bahn	9	179,00 bz
Starg. Posen gar.	4½	103,10 bz
Tilsit-Insterburg	0	26,00 bzG
Weim.-Gera (gr.)	4½	41,40 bzB
do. 2½ konv.	2½	27,75 bz
do.	0	19,50 bz
Werra-Bahn	3⅓	95,75 G
Albrechtsbahn	1⅓	34,25 bz
Amst.-Rotterdam	7½	145,00 bz
Aussig-Teplitz	14⅔	253,80 bzG
Baltisch (gar.)	3	53,20 G
Böh. Westb. (gar.)	7⅓	128,00 bz
Dux-Bodenbach	6	138,30 bzG
Elis. Westb. (gar.)	5	93,40 G
Franz Jos.	5	82,70 bzG
Gal. (C.-L.-B) gr.	7,262	131,50 bz
Gotthardb. 95%	(6)	111,70 bz G
Kasch.-Oderb.	4	61,60 et bzG
Kpr. Rudlfsb. gar.	4½	70,50 bzG
Lüttich-Limburg	0	13,25 bz
Oest. Fr. St. (St. M. pr. St.)	6⅓	584,50 et bz
Oest. Ndwb.	4 3/20	354,00 G
do. B. Elb.	5	408,00 bz
Reichenb.-Pard.	4	64,80 bz
Russ. Stsb. (gar.)	7,41	131,75 bz
Russ. Südb. (gar.)	5	61,90 bz
Schweiz. Unionsb	0	46,00 bzG
do. Westbahn	0	19,60 bz
Südöst. p. S. i. M.	⅘	247,50 et bz
Turnau-Prager	8½	
Ung.-Galiz.	5	69,10 bz
Vorarlberg (gr.)	5	77,40 bz
War.-W. p. S. i. M.	5	217,00 bzG
Angerm.-Schw.	1½	
Berl. Dresd. St. P.	0	44,80 bzG
Bresl.-Warsch „	2	75,00 bzG
Hall.-S.-Gub. „	3⅓	101,50 bzG
Marienb. Mlawka	5	109,75 bzG
Münst.-Enschede	0	20,25 bzG
Nordh.-Erfurt „	5	95,00 bzG
Oberlausitzer „	0	74,50 bzG
Oels-Gnesen „	1½	76,60 bzG
Ostpr. Südb. „	5	110,25 bzG
Posen-Creuzb.	3	91,75 bzG
R. Oderuf. St.-P.	9	175,75 bzG
Saalbahn „	1⅞	87,00 bzG
Tilsit-Insterb. „	3½	92,75 bzG
Weimar-Gera „	0	53,00 bzG
Dux-Bodenb. A.	6	135,20 bzG
do. do. B.	6	134,00 G

Vom Staate erworbene Eisenb.

Berl.-Stett. St. A.	4⅔	abg. 119,50 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Aktien und Obligationen.

Berg. Märk. I. II. S.	4½	103,00 G
do. III. S. v. St. 3½ g.	3½	94,50 B
do. VIII. Ser.	4½	103,00 bz
do. IX. Ser.	5	104,30 G
Berlin-Anh. A. u. B.	4½	102,90 G
Berlin-Dresd. St. g.	4½	103,40 bz
Berl.-Görlitzer kon.	4½	102,90 G
do. Lit. B.	4½	102,90 G
Berl.-Hamb. I. II. E.	4	100,75 G
do. III. konv.	4½	103,20 bz
Berl.-P.-Mgd. A. B.	4	100,80 G
do. Lit. C. neue	4	100,80 G
do. Lit. D. neue	4½	103,25 G
Berl.-St. II. III. VI.	4	101,25 bzG
B.-Schw.-F. D. E. F.	4½	
do. Lit. G.	4½	103,00 G
do. Lit. H.	4½	103,00 G
do. Lit. I.	4½	103,00 G
do. Lit. K.	4½	103,00 G
do. de 1876	5	104,50 G
do. de 1879	5	104,75 B
Cöln-Mind. 3½ g. IV.	4	101,25 G
do. V. Em.	4	
do. VI. Em.	4½	105,20 B
do. VII. Em.	4½	103,10 bzG
Hll.-S.-G. St. A. B.	4½	103,30 G
do. Lit. C. g.	4½	103,30 G
Märk.-Pos. konv.	4½	103,50 G
Magd.-Leipz. Pr. A.	4½	104,90 bzG
do. do. Lit. B.	4	101,00 G
Magd.-Wittenberge	4½	
do. do.	3	84,75 bzG
Mainz-Ludw. 68-69	4½	100,00 G
do. do. 1875 1876	5	104,30 bzG
do. do. I. II. 1878	5	104,30 bzG
do. do. 1881	4	100,00 G
Niedersch.-Mrk. I. S.	4	100,75 G
do. II. S. à 62½ Thl.	4	100,75 bz
R.-M., Obl. I. II. S.	4	100,80 G
do. III. Ser.	4	101,00 G
Nordh.-Erfurt I. E.	4½	102,75 G
Oberschl. Lit. A.	4	
do. Lit. B.	3½	
do. Lit. C. u. D.	4	100,80 G
do. gar. Lit. E.	3½	93,80 G
do. gar. 3½ Lit. F.	4½	
do. Lit. G.	4½	
do. gar. 4% Lit. H.	4½	103,25 B
do. Em. v. 1873	4	100,80 G
do. do. v. 1874	4½	103,10 bzG
do. do. v. 1879	4½	105,00 G
do. do. v. 1880	4½	104,00 G
do. Niederschl. Zwgb.	3½	
do. (Starg.-Posen)	4	
do. II. u. III. Em.	4½	102,75 B
Oels-Gnesen	4½	
Ostpr. Südb. A. B. C.	4½	
Posen-Creuzburg	5	104,00 B
Rechte Oderufer	4½	103,30 G
Rheinische	4	
Rh.-Nahe v. S. g. I. II.	4½	
Thüringer I. Serie	4	101,00 bzG
do. II. Serie	4½	103,25 G
Weimar-Geraer	4½	
Werrabahn I. Em.	4½	102,75 B
Aachen-Mastrichter	4	97,00 bz
Albrechtsbahn gar.	5	79,60 G
Donau-Dmpf. Gold	4	94,75 G
Elis.-Westb. 1873 g.	5	89,50 bzG
Gal. C.-Ludwgsb. g.	4½	84,25 bz
Gömör. Eisenb. Pfb.	5	100,90 G
Kais.-Ferd.-Nordb.	5	90,70 G
Kasch.-Oderb. gar.	5	80,90 bzG
Kronpr.-Rud.-B. g.	5	84,30 bzG
do. 1869er gar.	5	84,30 bzG
do. 1872er gar.	5	84,30 bzG
Lemb.-Czernow. gr.	5	80,00 G
do. gar. II. Em.	5	84,25 G
do. gar. III. Em.	5	80,00 G
do. IV. Em.	5	79,75 bzG
Oest.-F. S., alt g. St.	3	386,30 bz
do. do. gar. 1874 do.	3	385,50 B
do. Ergzungsn. g. do.	3	373,10 bzG
Oest.-Franz. Stsb.	5	105,50 G
do. II. Em.	5	105,50 G
Oest. Nordwb., gar.	5	86,75 bzG
Oest. Lit. B. (Elbeth.)	5	87,40 G
Raab-Graz (Präml.)	4	
Reich.-P. (S.-N. B.)	5	84,60 G
Schweiz Ctr. N. O. B.	4½	
Sdöst. Bahn (Lomb.) 100 F. = 80 M.	3	289,00 G
do. do. neue	3	290,25 G
do. Obligat. gar.	5	101,75 B
Theißbahn	5	84,70 G
Ung.-G. Verb.-B. g.	5	78,75 bzG
Ung. Nordostb. gar.	5	77,60 G
do. Ostb. I. Em. gar.	5	77,50 bzG
do. do. II. Em. gar.	5	94,25 bzG
Vorarlberger gar.	5	85,00 B
Kasch.-Od. g. G. Pr.	5	100,60 G
Oest. Nrdw. Gld.-P.	5	104,30 G
Reich.-P. Gold.-Pr.	5	104,10 G
Ung. Nrdostb. G.-P.	5	97,50 B
Brest-Grajewo	5	88,40 bz
Chark.-Asow gar.	5	
Chark.-Krement. g.	5	90,50 G
Gr. Russ. Eisb.-G.	3	65,40 G
Jelez-Orel gar.	5	92,25 B
Jelez-Woronesch g.	5	87,80 G
Koslow-Woronschg.	5	97,50 bzB
do. Obligationen	5	82,00 bzB
Kursk-Charkow gar.	5	92,20 G
Kursk-Chark.-Asow	5	83,50 bzG
Kursk-Kiew gar.	5	100,50 bzB
do. kleine	5	100,50 bzB
Losowo-Sewastopol	5	76,25 bz
Mosco-Rjäsan gar.	5	102,10 G
Mosco-Smolensk g.	5	93,70 bz
Orel-Griasy	5	79,25 B
Rjäsan-Koslow. g.	5	101,25 bz
Rjaschk-Morczsk. g.	5	91,00 G
Rybinsk-Bologoye	5	76,10 bz
do. II. Em.	5	67,90 G
Schuja-Jwanowo g.	5	91,80 G
Warschau-Teresp. g.	5	93,75 G
Warschau-Wiener II.	5	101,50 bz
do. III. Em.	5	101,00 G
do. VI. Em.	5	99,00 G
Zarskoe-Selo	5	63,25 bzB

Bank-Aktien.

Dividende pro 1881.

Badische Bank	5 9/10	119,30 G
B. f. Sprit u. Prd.	5⅛	76,75 G
Berl. Kassenver.	10⅓	184,00 bz
do. Handelsges.	6	71,75 bzG
do. Prd. u. Hnd.	4⅓	85,60 bzG
Braunschw. Krdb.	6	n 106,00 B
do. Hypothek.	5	89,75 G
Bresl. Disk.-Bank	5	93,25 G
do. Wechslerb.	6⅔	104,00 bzG
Danziger Privb.	5⅓	113,50 bzG
Darmst. Bank	10	154,50 bz
do. Zettelbank	5½	110,75 G
Deutsche Bank	10½	156,00 bzG
do. Effekt. Hahn	13⅓	130,75 G
do. Genossensch.	8	127,50 G
do. Hp.-Bk. 60% B.	5	89,30 bzG
Diskonto-Komm.	11⅓	200,60 bz
Dresdener Bank	9	128,50 bzG
Dortm. Bkv. 50%	6⅓	93,25 G
Eff.-Maklbk. 50%	15⅓	119,00 G
Goth. Grundkrdb.	4	75,00 G
do. do. neue 40%	4	82,25 bzG
Hamb. Komm. Bk.	9	131,10 G
Landw. B. Berlin	0	95,75 bzG
Leipz. Krd.-Anst.	9	158,50 G
Leipz. Disk.	8	106,50 bzG
Magd. Privatb.	5½	117,75 bz
Meckl. Hyp.-Bank	5⅓	93,80 G
Meininger Kredit	2	96,40 bzB
do. Hyp.-B. 40%	4½	92,00 bzG
Nat.-B. f. D. 50%	7	100,75 bzG
Niederlaus. Bank	4⅔	92,75 B
Nordd. Bank	10⅓	156,10 G
Nordd. Grundkb.	0	47,25 bzG
Oest. Krd. A. p. St.	10⅛	548,50 et bz
Oldenb. Spar-B.	15	158,25 bz
Petersb. Dis.-B.	14⅔	112,25 bz
Petersb. Jt. B.	12	94,00 G
Pomm. Hyp.-Bk.	0	49,40 bz
Posener Prov.	7⅓	119,75 G
Pos. Landw. B.	5	78,50 B
Pos. Sprit-Bank	5	73,25 bz
Preuß. Bodnk.-B.	6⅔	109,50 bzG
Pr. Cntr. Bd. 40%	8⅔	123,50 bzB
Pr. Hyp.-Akt.-Bk.	4½	85,00 bzG
Pr. H. B. A. G. 25%	3	85,50 bzB
Pr. Imm.-B. 80%	8	112,50 bzG
Reichsbank	6⅔	149,75 B
Rostocker Bank	5⅓	97,50 G
Sächsische Bank	5⅔	121,10 G
Schaffh. B.-Ver.	3½	91,00 bzG
Schles. Bank-V.	6	109,50 bzG
Südd. Bod. Kred.	7	128,90 G
V.-B. Hamb. 40%	8½	
Warsch. Kom.-B.	8⅔	76,25 bz
Weimar. Bk. konv.	5⅔	91,25 G
Württ. Vereinsb.	9	132,50 bzG

Industrie-Aktien.

Dividende pro 1881.

Bochum-Brwk. A	0	93,00 bzG
Donnersm.-H.	2	66,30 bzG
Dortm. Union	0	31,00 B
do. St. Pr. A. L. A.	4	97,90 bz
do. Part.-O. rz. 110	5	107,25 bzB
Gelsenk. Bergw.	7½	123,50 bzG
Georg. Marienb.	5	
do. Stamm-Pr.	5	95,00 B
Görl. Eisenbahnb.	8	135,25 bzG
Gr. Berl. Pferdeb.	9½	189,20 bzG
Hartm. Maschin.	9	141,50 bzB
Hib. u. Sham.	4	94,20 bzG
Hörd. H.-V. konf.	0	
Königin Marienb.	4	73,50 G
Lauchhammer	0	43,40 bzB
Laurahütte	6	131,40 bz
Luise Tiefbau	1	43,50 bzB
Oberschl. E.-Bed	0	69,00 bzB
Phönix Bergw.	6	91,00 bzG
do. do. Lit. B.	0	35,90 B
Schering	12	161,10 bzG
Stolberger Zink	0	25,50 bzB
Westf. Drht.-Ind.	10	126,20 bz
Berl. Holz-Compt.	6	93,90 bzG
do. Immob.-Ges.	4⅔	82,00 G
do. Viehmarkt	0	21,90 bz
Berzelius Bgwk.	7	105,00 bzG
Borussia, Bgwk.	0	108,25 bzG
Brauer. Königst.	0	44,00 bz
Bresl. Oelfabr.	1½	68,90 B
do. Straßenb.	6	116,50 G
do. Wagg.-Fabr.	5½	136,50 bzG
do. Wg. (Hoffm.)	4⅔	130,30 bzG
Egells Maschfbr.	0	2,00 bz
do. do. Oblig.	—	
Erdmannsd. Sp.	0	55,00 bz
Glauzig. Zuckerf.	5	83,40 bzG
Inowr. Steinsalz	7	105,10 bzG
Körbisd. Zuckerf.	12	157,00 bzG
Marienb. Kotz.	0	37,00 G
Masch. Wöhlert	0	2,50 B
Delh. Pet.-Ind.	—	46,00 bzG
Pluto, Bergwerk	0	63,00 bzB
Redenhütte konf.	5	120,00 bzG
do. Oblig.	6	107,75 G
Schles. Kohlenw.	5	
do. Lein. Kramst.	5⅔	109,00 bzG
Westf. Un. St. Pr.	6	90,75 G

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (Emil Röstel) in Posen.